

Sand im Getriebe 41

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html, mail an die Redaktion: sig@attac.de

Springt der Funke über?

5. Weltsozialforum in Porto Alegre: Analysen und Dokumente



Am 5. Weltsozialforum in Porto Alegre Ende Januar nahmen 150 000 Menschen aus allen Kontinenten teil. Wir veröffentlichen zwei **Einschätzungen** (Uli Brand S.8, Ramirez S. 11) und dokumentieren einige **Ergebnisse**: Vorschlag einer Konzentration der globalisierungskritischen Bewegung auf zwölf Punkte, „**Manifest von Porto Alegre**“ S. 13;

Erklärung der **Versammlung der sozialen Bewegungen** S. 15; Aufruf der **Antikriegsversammlung** S. 18.

Unter dem Titel „Deglobalisierung oder Globalisierung von unten - Strategien gegen den weltweiten Kapitalismus“

wurde in Bern die sechste Ausgabe der internationalen Konferenz **“Das Andere Davos”** veranstaltet, welche Bestandteil der Mobilisierung gegen das World Economic Forum (WEF) war.

Der Hauptredner **Yash Tandon** sprach über "Afrika und die drei Wellen der Globalisierung" (S.22).

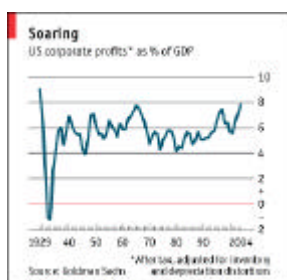
Kriegerische Raubzüge werden um das **Öl** geführt (Elmar Altvater, Oilfinger Bush und das Ölimperium, S. 3; Zielscheibe Iran S. 20), aber auch um das **Wasser** (S. 30).

The Economist	Globalisierung und Profitrate	2
E. Altvater	Oilfinger Bush und das Imperium	3
	Not Welcome, Mr. Bush!	7
Uli Brand	Globale Resonanzen	8
C. Ramirez	Samba Si! Davos No!	11
	Mitteilung des internationalen Rates	12
	Manifest von Porto Alegre	13
	Erklärung der sozialen Bewegungen	15

	Antikriegsversammlung	18
I. Ramonet	Zielscheibe Iran	20
	Attac global	21
Y. Tandon	Afrika und die drei Wellen der Globalisierung	22
Anti-Davos	Presseerklärung	29
Attac at	Ende des Wasser-Privatisierungswahns?	30
M. Barlow	Grundrecht auf Wasser?	31
	Brüsseler Aufruf	32

Globalisierung und Profitrate

The Economist: „Kapitalisten graben sich einen wachsenden Anteil des Volkseinkommens auf Kosten der Arbeiter“



Die Öffentlichkeit ist empört. Empört über die Dreistigkeit, mit der die Deutsche Bank einerseits mit über 4 Milliarden € den höchsten Gewinn ihrer Geschichte eingefahren hat, andererseits 6 500 Beschäftigte kündigen will, um die Profitrate noch einmal kräftig zu erhöhen. Und das ist nur die Spitze des Eisberges.

Die Wirtschaftspresse überstürzt sich mit Jubelberichten von gestiegenen Gewinnen: Die Profite der großen Unternehmen seien so hoch wie lange nicht mehr. Die FTD schreibt auf der Titelseite: „Gewinnquote so hoch wie noch nie“. Das Handelsblatt „Die Gewinne sprudeln“. Die Finanzinstitute gehen von einer neuen Aktienblase aus. Der „Economist“, jenes Zentralorgan der britischen Hochbourgeoisie, das schon Karl Marx als Informationsquelle diente, schreibt triumphierend, fast schon in der Sprache des Klassenkampfes: „Kapitalisten graben sich einen wachsenden Anteil des Volkseinkommens auf Kosten der Arbeiter“ (7/05). In den USA ist der Anteil der Profite (nach Steuern) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) so hoch wie in den letzten 75 Jahren nicht mehr. Für die Volkswirtschaften in den G7-Ländern war dieser Anteil im letzten Jahr so hoch wie noch niemals zuvor. Die Kehrseite: der Anteil der Löhne am BIP ist so niedrig wie noch niemals zuvor. In den letzten 3 Jahren sind die Profite der US-amerikanischen Konzerne um 60 %, die durchschnittlichen nominalen Löhne hingegen nur um 10% gestiegen.

Verändertes Verhältnis von Arbeit zu Kapital

Worauf lässt sich das zurückführen? Haben wir nicht bei Karl Marx gelernt, dass es einen tendenziellen Fall der Profitrate gibt?

Der „Economist“ nimmt die sprudelnden Gewinne zum Anlass, um die langfristige Tendenz der Profitrate zu untersuchen. Die Ursachen der steigenden Profitquote liegen einmal – kurzfristig – im aktuellen Konjunkturablauf (sanfter US-Aufschwung seit 2002). Langfristig – so meint der Economist – ist es die Integration der endlosen Massen von rechtlosen Arbeitskräften Chinas und Indiens in den Weltmarkt, die zur hohen Profitrate in den G7 Ländern führt. Das verändert das globale Verhältnis von Arbeit zu Kapital und erhöht den relativen Kapitalertrag. Selbst wenn Betriebsverlagerungen bisher noch nicht allzu viele Jobs in den Industriestaaten zerstört hätten, so wirke doch schon die Drohung damit Lohn senkend und Profit steigernd. Deshalb könne der Profitanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für eine ziemlich lange Zeit relativ hoch bleiben. Auf lange Sicht allerdings werde die verschärfte Konkurrenz auf den Weltmärkten dafür sorgen, dass die Profitraten wieder fallen.

Ist es der Einsatz der Computertechnologie, der inzwischen alle Poren der Wirtschaft durchdringt und zu Rationalisierung, zu niedrigeren Produktionskosten und zur Arbeitsplatzvernichtung

einerseits und fetteren Profiten andererseits führt? Der technische Fortschritt als Zauberlehrling, den die Gesellschaft nicht mehr kontrollieren kann? Es sei denn, sie nimmt alle Kraft zusammen und erzwingt die Umverteilung der geringer gewordenen Arbeit auf alle Schultern, z.B. durch eine 30-Stunden-Woche.

Die Geschichte der etwa 50-jährigen Kondratieff-Zyklen (Dampfkraft, Eisenbahn, Elektrizität, Computer) lehrt etwas anderes: nach anfänglichen Extra-Profiten für technische Neuerungen werden diese durch die global verschärfte Konkurrenz schnell auf den Durchschnittsprofit herunter konkurriert. Auch die Computertechnologie verschärft in vielen Industrien die Konkurrenz, unter anderem ermöglicht sie einfache Preisvergleiche per Internet.

Eine Welt - überflutet mit Profiten

Wohin mit den angeeigneten Geldern? Wo gibt es noch lukrative Objekte für die Investitionsheute? Die FTD warnt vor neuen Finanzblasen und stellt fest, dass schon jetzt mehr als 25% der Büro Neubauten leer stehen und nicht vermietet werden können (11.2.05). Der Finanzsektor ist mehr und mehr aufgebläht. In den USA ist der Anteil der Profite der Finanzfirmen am Gesamtprofit der Wirtschaft seit 1982 von 4% auf 40% hochgeschwollen. Dem stehen stark gestiegene Schulden von Konsumenten gegenüber. Der Economist resümiert: „Verglichen mit den üppigen Profiten haben die Arbeiter der reichen Länder verloren, während chinesische Fabrikarbeiter, indische Software-Ingenieure und die Verbreitung der Computerautomatation die Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten geschwächt haben.“ Eher sollte man sagen: auch die chinesischen Fabrikarbeiter, die ohne Streikrecht sind und zu Hungerlöhnen arbeiten müssen, gehören zu den Verlierern. Ein Ende dieser Prozesse, das vielleicht auch ein Ende der Arbeiteraristokratie im Norden bedeutet, ist nicht in Sicht. Yash Tandon, ein afrikanischer Ökonom in Genf (siehe sein Artikel S. 24), schätzt, dass 2010 etwa 40% aller Industriewaren aus China kommen werden.

Sollte das das verborgene Ziel der Globalisierung sein, durch Freihandel, Privatisierung, Deregulierung eine **internationale Niedriglohnökonomie** durchzusetzen, damit das kapitalistische Weltsystem dem tendenziellen Fall der Profitrate entgehen kann? Wenn nicht nur das Proletariat der Schwellenländer, sondern auch die Arbeiterklasse und die Präkarisierten des globalen Nordens zu den Opfern dieser Globalisierung gehören, dann sind 75 % der Weltbevölkerung unzufrieden mit dem Gang der Dinge. Sollte es da verwunderlich sein, wenn in den nächsten Jahrzehnten ein mächtiger Sturm rebellischer Tendenzen und revolutionäre Impulse entsteht?

Peter Strotmann .

Elmar Altvater

Oilfinger Bush und das Ölimperium

Nach den US-Wahlen und vor dem Bush-Besuch in Europa:



Mehr als 52 Millionen US-Amerikaner haben einen Lügner und wahrscheinlichen (weil nicht verurteilten) Kriegsverbrecher ins Weiße Haus gewählt. So schnell kann die große Geschichte eines großen Volkes auf den Hund kommen. Furcht war es wohl, die viele Amerikaner Sicherheit suchen ließ. Furcht vor wem? Vor dem „Terrorismus“, der am 11.9.2001 ein symbolisch hoch aufgeladenes Ziel in den USA erfolgreich attackierte. Wenn die Amerikaner wählen, dann nicht nur den US-Präsidenten, sondern das Oberhaupt des Planeten Erde. Die Erde ist also eine Geisel des US-amerikanischen Wählervolkes, des Machtkomplexes von Wallstreet, Medien, neokonservativen think tanks, der kalifornisch-texanischen Ölindustrie und eines fundamentalistischen Präsidenten, der in multilateraler, vielfältiger Welt eine Politik des Unilateralismus verfolgt. Die Übertragung der „manifest destiny“ des 19. Jahrhunderts ins 21. Jahrhundert, der Glaube an „God’s own people and country“ ist in der überwältigenden evangelikalischen Bewegung zum Programm geworden und dieses hat Bush zum zweiten Mal ins Weiße Haus getragen. Und kaum jemand lacht, wenn Bush in seiner Antrittsrede im Januar 2005 ankündigt, die Freiheit in alle Welt zu tragen und Terror und Schurkenstaaten auszulöschen. 42 mal nimmt Oilfinger Bush in den 30 Minuten seiner Rede den Begriff der Freiheit in den Mund. Nicht nur die Gefangenen von Guantanamo, die Geschändeten von Abu Ghraib oder die Ermordeten von Falludscha fühlen sich verhöhnt.

„Oil Empire“ im 21. Jahrhundert

Es ist unbestreitbar, dass Ölpreis und mengenmäßiges Angebot für die ökonomische Entwicklung eines Industrielandes entscheidend sind. Dies in Politik umzusetzen, fiel der Bush-Regierung nicht schwer, da die meisten der Bush-Leute aus der Ölindustrie stammen. Schon im Mai 2001 hat der Vizepräsident Cheney (Ex-Chef von Halliburton) einen Bericht über die Ölsicherheit der USA vorgelegt. Darin wird ausgeführt, dass die heimische Produktion bis 2020 von 8,5 auf 7 Mio barrels pro Tag (b/d) zurückgehen, dass der Ölverbrauch von 19,5 auf 25,5 Millionen b/d ansteigen wird und daher die wachsende Lücke durch Importe gedeckt werden müsse. Die Importe werden



um 68% von 11 auf 18,5 Mio b/d wachsen. Die Sicherung der Energieversorgung erlangt also höchste Priorität in der US-Außenpolitik. Das Land macht sich dabei abhängig von den Ölländern, wie Michael Klare kritisiert. Die „einzige Weltmacht“ muss die Abhängigkeit aber nicht hinnehmen wie weniger mächtige Nationen es müssen. Sie können in der Tradition seit dem 19. Jahrhundert auf die machtpolitische, unilaterale Karte des „Ölimperialismus“ setzen.

Welches sind die Parameter, die in ein langfristig angelegtes geostrategisches Kalkül zur Sicherung der Versorgung mit Öl eingehen? An erster Stelle steht natürlich die **territoriale Kontrolle** jener Regionen, in denen die Ölressourcen extrahiert werden. Das muss nicht unbedingt unter Einsatz militärischer Macht geschehen, sondern mit Hilfe diplomatischer Beziehungen, wie Cheney mit Blick auf Mexiko, Venezuela oder Russland und einige andere Länder vermerkt. Auch die **Routen des Öltransports** aus den Förderländern in die Verbrauchsländer, die Pipelines oder Tanker müssen geschützt werden, denn sie sind vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. Überdies geht es um die **Beeinflussung von Angebot und Nachfrage** und daher der Preisbildung auf den Energiemärkten. Schließlich muss die **Währung** festgelegt werden, in der der Ölpreis fakturiert wird. Das ist traditionell der US-Dollar. Doch muss dies auch in Zukunft so bleiben? Betrachten wir die einzelnen Parameter der „Ölsicherheit“.

1. Territoriale Kontrolle

Die Kontrolle der **Fördergebiete** auf diplomatischem Wege, aber auch durch weniger feine Mittel wie Bestechung und Erpressung und militärische Okkupation hat deshalb einen hohen Stellenwert für Energiestrategien, weil die Exploration größerer neuer Reserven, die zu günstigen Bedingungen erschlossen werden können, unwahrscheinlich ist. Der Gipfel der Ölförderung („peak-oil“) ist in einer Reihe von Förderländern bereits überschritten (in den USA seit den 1970er Jahren!) und dürfte sehr bald weltweit erreicht sein. Die Erde ist bereits durchlöchert wie ein Schweizer Käse; größere neue Reserven konventionellen Öls sind kaum noch zu finden. Das Erdölzeitalter neigt sich seinem Ende zu, und die „unkonventionellen Öle“ (Teersand, Tiefseeöl, Polaröl etc.) sind kein vollwertiger und vor allem preiswerter Ersatz. Daher gewinnen die

bekanntes Fördergebiete, insbesondere jene mit noch hohen Reserven geostrategisch an Bedeutung. Dies erklärt die militärische Präsenz der USA nicht nur im Irak, sondern auch in den zentralasiatischen Staaten, in Kolumbien und zunehmend auch in den afrikanischen Ölländern, wo manche noch auf den „großen Fund“ hoffen. Der Krieg gegen den Irak war auch von der Absicht geleitet, den Zugang zu den geschätzten 110 Mrd barrels Öl zu erhalten und gleichzeitig Konkurrenten von Exploration und Extraktion auszuschließen. Daher rührt das unappetitliche Geschachere nach dem vorläufigen Kriegsende im Mai 2003 um Bohrlizenzen, Reparaturaufträge, Versorgungseinrichtungen.

2. Routen des Öltransports

Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan bot den USA die Gelegenheit, militärisch auch in den zentralasiatischen Ländern Fuß zu fassen, nahe an den neuen Öl- und Gasquellen der Kaspischen Region und in jenen Ländern, durch die Pipelines verlaufen werden. Zentralasien ist so zu einer Art „Pipelineistan“ gemacht worden, ebenso wie die Kaukasus-Region westlich des Kaspischen Meeres. Dies zeigt sich besonders krass bei der Trassierung der Pipelines. Die Pipeline von Baku (Aserbeidjan) über Tbilissi (Georgien) zum türkischen Hafen Ceyhan vermeidet russisches Gebiet. Das Pipeline-System östlich des Kaspischen Meeres führt über Afghanistan und Pakistan zum Indischen Ozean und nicht auf schnellstem Weg durch den Iran zum Persischen Golf. Hier kommt der Widerspruch zum Tragen, dass das, was ökonomisch sinnvoll wäre, politisch inakzeptabel ist und daher nicht realisiert wird; und dass ein Projekt, das politisch von den USA gewollt ist, zu ökonomischen Konditionen realisiert wird, die es eigentlich sinnlos machen.

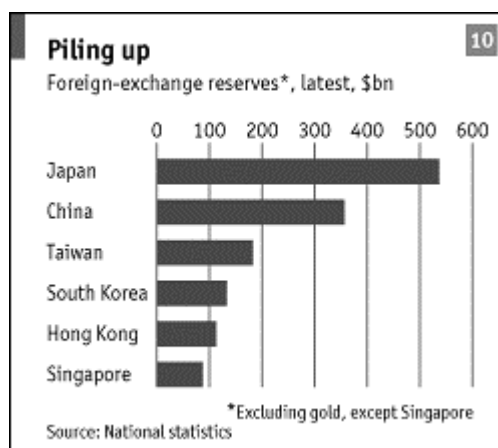
Doch im Kaukasus, in Zentralasien und Südasien sind inzwischen nicht nur die USA geopolitisch aktiv, auch Russland und China versuchen, ihre Interessen an sicherer Ölversorgung umzusetzen, von der Europäischen Union ganz abgesehen, die über Bündnisse mit Russland und der Türkei als regionaler Akteur ebenfalls mitmischet. Das geostrategische Pipelineistan-Syndrom ist aber nicht auf den zentralasiatischen Raum beschränkt. Es ist auch in afrikanischen Ländern (Sudan, Tschad, Kamerun, Nigeria etc.) und in Kolumbien präsent. Dass zur geostrategischen Sicherung der Ölversorgung auch die Kontrolle der Tankerrouten gehört, belegen unter anderem die Einsätze der Bundesmarine am Horn von Afrika und am Eingang zum Roten Meer.

3. Verteilungskonflikte

Welche Bedeutung hat der **Ölpreis** für die Energiesicherheit? Der Ölpreis kann wie Zins und Wechselkurs auf nationalstaatlicher Ebene kaum beeinflusst werden, er ist aber ein Schlüsselparameter der Entwicklung. Denn ein Preisanstieg ist zunächst gut für die Ölexporture und schlecht für die Importländer von Öl. Im Endeffekt kommt es zu einer globalen Vermögensumverteilung zu Gunsten von Ölexporturen und zu Lasten der Importuren. Die Europäische Zentralbank hat in ihrem Monatsbericht vom November 2004 deutlich gemacht, welche Gruppen in der Gesellschaft die Anpassung an einen gestiegenen Ölpreis vor allem zu tragen haben: die Arbeitnehmer. Würden nämlich die Löhne infolge der Steigerung der Lebenshaltungskosten erhöht, so die Bank, dann würde eine „Lohn-Preis-Spirale“ in Gang gesetzt. Von der konstatierten Umverteilung zu

Gunsten der Ölexporturen sollen also die Zins- und Gewinneinkommensbezieher ausgenommen werden, die Anpassungslasten tragen die Lohneinkommensbezieher.

Auf internationaler Ebene sind die Probleme nicht geringer. Das relative Gewicht des Ölpreises (für andere fossile Energieträger gilt Ähnliches) hängt von der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens ab. 40 oder gar 50 US\$ pro Barrel wiegen in einem Land mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen mehr als in einem Land mit hohem Einkommen. Ob die Ölimporte, die zur Aufrechterhaltung von Infrastrukturen, für den Transport, die Produktion und Reproduktion notwendig sind, bezahlt werden können, ist dann tatsächlich eine Frage des Preises, des Anteils der Ölrechnung an den Exporterlösen, der Veränderung des Wechselkurses der nationalen Währung zur Öl-Währung, der Elastizität der Anpassung des Ölverbrauchs durch vermehrte Nutzung alternativer Energien und der Zugangsmöglichkeiten zu Krediten zur Finanzierung der Ölimporte. In einer Reihe von Entwicklungsländern und selbst in großen Ländern wie Indien und Pakistan lag der Anteil der Aufwendungen für Ölimporte an den Exporteinnahmen schon vor dem Ölpreishoch von 2004 bei rund einem Drittel. China, Indien und andere Länder wollen



ja bei der Industrialisierung nachziehen – und sie müssen es, wenn sie wettbewerbsfähig werden oder bleiben wollen. Ein hoher Ölpreis, eine Ölverknappung oder gar eine Energiekrise blockiert die industrielle Entwicklung. Für die USA wäre die Verteuerung des Öls nicht unbedingt nachteilig. Denn erstens würde teures Öl auch China und Japan und andere tatsächliche oder potentielle Konkurrenten der USA treffen. Zweitens profitieren vom teuren Öl die transnationalen Ölkonzerne und Ausrüster der Ölindustrie (wie Halliburton) aus den USA. Drittens schließlich haben die USA den exklusiven Vorteil, dass sie die steigenden und teurer werdenden Ölimporte mit US-Dollar, also mit der eigenen Währung bezahlen können. Sie besitzen die Öl-Währungs-Seignorage und folglich drückt die Ölrechnung weniger als anderswo. Dass diese bequeme Position nicht selbstverständlich und für immer garantiert ist, könnte sich als Achillesferse der Geostrategen im Umkreis des Weißen Hauses herausstellen.

4. Der Euro als Öl-Währung?

Die Unterschiede des Ölpreisschocks von 2004 zu den Ölkrisen von 1973/74 und 1979/80 sind eklatant. Damals wurde der Ölpreis als Antwort auf den **Wertverlust des US\$** nach innen (Inflation) und außen (Abwertung gegenüber anderen Währungen) abrupt erhöht, 1973/74 um 237% (in

US\$ gerechnet), 1978/79 um 193%. Die Steigerung von Oktober 2003 bis Oktober 2004 ist demgegenüber mit 67% maßvoll (Daten nach EZB, Monatsbericht, Nov. 2004: 57). Die Ölproduzenten haben immer die Gelegenheiten genutzt, um die Preise anzuheben: 1973 den Yom Kippur Krieg, 1979 die Teheraner Revolution und die nachfolgende Geisellaffäre, 1990 den ersten Bush-Golfkrieg und 1999/2000 den New Economy-Boom und den Jugoslawienkrieg. Die heutige Situation ist für die Ölproduzenten sogar günstiger, da es erstens unwahrscheinlicher als in den 1970er Jahren ist, dass neue Anbieter mit beträchtlichen Reserven auf den Markt drängen, und weil zweitens der Euro dem US\$ als potentielle **Ölwährung** Konkurrenz machen könnte. Öl könnte gegen Euro verkauft werden, so wie es vor dem zweiten Bush-Golfkrieg Saddam und Chavez planten.

Das wäre für die USA eine mittlere Katastrophe. Ihr Leistungsbilanzdefizit beträgt 2004 etwa 630 Mrd US\$ betragen, finanziert in erster Linie von den asiatischen Ländern, vor allem von Japan und China, die hohe US\$-Reserven halten. Auch Russland hält inzwischen hohe US\$-Reserven. Zum Teil lässt sich das hohe Defizit mit den Versuchen dieser Länder erklären, eine Abwertung des US\$ zu verhindern, um nicht die eigenen Exporte in die USA zu verteuern. Deshalb kaufen sie US-Anleihen, stützen so den Dollar-Kurs und finanzieren auf diese Weise den Krieg der USA gegen den Irak und andere Nationen. Zum Teil ist das Defizit Folge mangelnder Wettbewerbsfähigkeit von US-Produkten auf dem Weltmarkt, jedenfalls bei gegebenem US\$-Kurs. Doch ist es weniger die Handelsbilanz, die für das Defizit verantwortlich ist, als die Kapitalbilanz. Zwar haben die USA einen geringen Überschuss bei den Direktinvestitionen, aber hohe Kapitalimporte durch die Begebung von Staatsanleihen und anderer Finanztitel. Diese treiben die Zahlungsbilanz ins Reich der roten Zahlen. Dies ist eine direkte Folge des hohen Budgetdefizits in den USA, das nicht zuletzt durch die riesigen Militärausgaben in Verbindung mit den Steuergeschenken an die Reichen verursacht worden ist und noch vom Ausland finanziert wird. Das Budgetdefizit beläuft sich derzeit auf etwa 500 Mrd US\$.

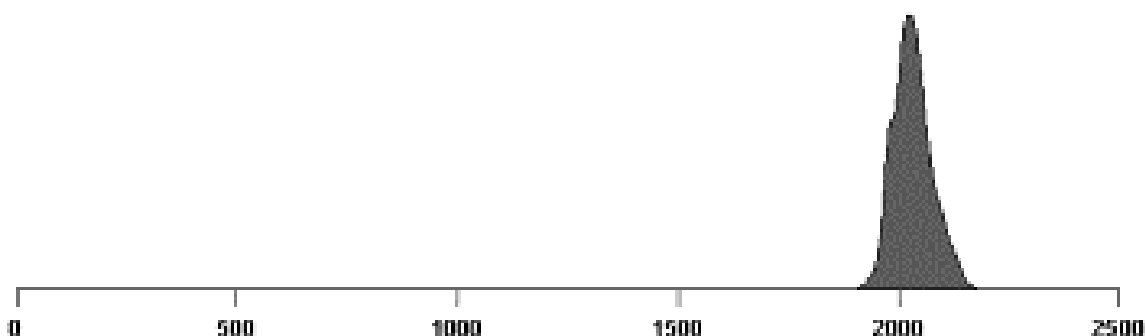
Die globalen Märkte sind ein höchst komplexes System kommunizierender Röhren, und daher entsprechen den Defiziten der USA Überschüsse anderswo in der Welt. Der Ausgleich zwischen Defizit und Überschüssen könnte nur durch eine beträchtliche Abwertung des US\$ zustande kommen, wobei niemand genau sagen kann, wie groß die

Abwertung sein müsste. Doch diese monetäre Entwicklung hätte beträchtliche realwirtschaftliche, strukturelle Auswirkungen. In den USA müssten mehr weltmarktgängige Waren produziert und es dürfte weniger konsumiert, es müsste also mehr gespart werden.

Was aber würde eine Dollar-Abwertung für die Länder mit hohen Dollarreserven bedeuten? Natürlich einen entsprechenden Wertverlust. Keine Zentralbank lässt sich gern in die Karten bzw. ins Portefeuille blicken, wie sie die Devisenanlagen gestreut hat. Der „Economist“ (10. 1. 2004) gibt an, dass Ende 2003 Japan Reserven in der Größenordnung von 673,5 Mrd. US\$, China 406,0 Mrd US\$, Hongkong 114,1 Mrd US\$, Süd Korea 150,3 Mrd US\$, Taiwan 206,3 Mrd US\$ und Russland mehr als 100 Mrd US\$ aufgetürmt hatten. Um Abwertungsverluste zu vermeiden, sind zwei strategische Optionen möglich. Der US\$ wird mit Hilfe weiterer Interventionen gestützt oder die Zentralbank versucht langsam - um keine Währungsturbulenzen auszulösen - ihre US-Papiere zu verkaufen und den Anteil des Euro an den Währungsreserven zu erhöhen. Letztere Option wird mehr und mehr von den Zentralbanken wahrgenommen, und folglich ist der Anteil des Euro an den weltweiten Währungsreserven in den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen. Bislang jedoch funktioniert das System der kommunizierenden Röhren zwischen Defizit in den USA und Überschuss vor allem in Asien. Das könnte wohl noch weitergehen, wenn sich Vorschläge wie der des Mitglieds des Sachverständigenrats, Peter Bofinger, durchsetzen würden, dass die EZB nicht kleckernd sondern klotzend auf den Devisenmärkten intervenieren sollte, um einen Absturz des Dollar und eine unerwünschte Superaufwertung des Euro zu verhindern. Die USA könnten also mit Hilfe der Europäer auch weiterhin über ihre Verhältnisse leben und sich Defizite von an die 6% des BIP (und evtl. sogar noch mehr) erlauben. Die Asiaten und die Europäer finanzieren sie – und leisten so ihren Obolus zur Linderung der Kosten des Kriegs, da irgendwann die Abwertung ja doch kommt und dann die den USA gewährten Transfers in den Wind geschrieben werden müssen. Der US-amerikanische Unilateralismus wird währungspolitisch honoriert.

Die Stärkung des Euro könnte freilich auch einen anderen Effekt haben. Um Währungsverluste zu vermeiden, gehen Ölexporteure dazu über, Öl (und Gas) **gegen Euro zu verkaufen**. Die USA werden alles tun, um die OPEC von

Das Erdölzeitalter im Zeitfenster von 2500 Jahren



Absichten dieser Art abzubringen. Im Mai 2003 wurde unter dem Eindruck des „Sieg“ im Irak-Krieg von der OPEC förmlich beschlossen, weiterhin in US\$ abzurechnen. Doch ist es nicht sicher, dass dies auf Dauer so bleibt, wenn das **Twin-Defizit** nicht reduziert wird und der Wechselkurs des US\$ weiter fällt. Noch lässt die Bush-Administration den Kurs des US\$ laufen in der Hoffnung, die Exporte steigern und die Dollarforderungen von Ausländern reduzieren zu können. Doch dies ist kurzfristig, wenn sie nicht zugleich daran gehen, das Defizit des Haushalts zu reduzieren. Denn wer wollte Staatsanleihen kaufen, wenn deren Entwertung bei fallendem US\$ absehbar ist? Wie hoch müssten die Zinsen sein, um das Risiko auszugleichen? Außerdem reagieren die Ölimporte vollständig inflexibel auf die Kursveränderungen des US\$. Die USA bekämen ein riesiges Problem, wenn sie die steigenden Ölimporte nicht mehr in US\$ begleichen könnten, sondern in Euro bezahlen müssten. Denn die jährlichen Ölimporte werden, wie der Cheney-Bericht ausführt, von 4 Mrd barrels auf etwa 7 Mrd barrels im Jahr 2020 steigen. Bei einem Preis von ca. 50 US\$ pro barrel werden derzeit 200 Mrd US\$ für die Ölrechnung benötigt, 2020 wären es schon an die 350 Mrd US\$. Das sind etwa 260 Mrd Euro. Dieser jährliche Betrag müsste den USA kreditiert werden, es sei denn das Defizit der Leistungsbilanz wird in einen Überschuss verwandelt.

Der Auseinandersetzung um das Erdöl, um die Herrschaft über Reserven, Mengenangebot und die Preisbildung, folgt die Auseinandersetzung um die Währung, in der das Öl bezahlt wird. Die Währungskonkurrenz zwischen Dollar und Euro (und evtl. Yuan, vielleicht Yen) könnte zum Währungskrieg eskalieren.

Die USA verfolgen wie in anderen Bereichen auch (Kyoto-Protokoll, Internationaler Strafgerichtshof, Anti-Personenminen-Konvention etc.) eine Linie des Unilateralismus in einer eng verflochtenen Welt, in der die Probleme allesamt nur multilateral in fairer Teilung von Anpassungskosten gelöst werden können. Die amerikanische „manifest destiny“ führt immer mehr zu einer Situation, die die politische Ökonomin Susan Strange schon vor Jahren als „predatory hegemony“ bezeichnet hat.

Die Zeit der Klimakonflikte kommt

Dies wird auch deutlich, wenn nicht das Öl als Input, sondern die CO₂-Emissionen als gefährlicher Output betrachtet werden. Wegen der Schädlichkeit der Treibhausgasemissionen ist ja das Kyoto-Protokoll erarbeitet worden, das nach der Unterzeichnung durch Russland im Oktober 2004 in bindendes internationales Recht verwandelt wird. Die USA haben diese multilaterale Übereinkunft nicht unterzeichnet. Doch lässt sich davon die Klimaentwicklung nicht beeindrucken.

Die Zahl der ungewöhnlichen Wetterbedingungen und der Unwetter, die hohe Schäden verursachen, nimmt in aller Welt zu. In der Mitte des 21. Jahrhunderts werden (nach Angaben des DIW) jährlich Kosten in der Größenordnung von 2000 Mrd. US\$ erwartet. Davon dürften auf Asien 840 Mrd. US\$, auf die USA 325 Mrd. US\$, auf Europa 280 Mrd. US\$ entfallen. Seit den 1960er Jahren hat sich die Anzahl ungewöhnlicher Wetterereignisse verdreifacht. Die durchschnittlichen Kosten haben sich von 54 Mrd US\$ im Durchschnitt der 1960er Jahre auf 432,2 Mrd US\$ in den 1990er Jahren verachtfacht.

Auf die dramatischen Konsequenzen des möglichen, wenn nicht wahrscheinlichen Klimakollapses richtet sich inzwischen auch das Pentagon ganz im Sinne unilateraler Prävention ein. Nicht vorbeugender Klimaschutz zur Vermeidung einer abrupten Klimaänderung ist die politische Linie der Bush-Rumsfeld-Leute, sondern die militärische Abwehr gegen die Folgen der klimatischen Änderungen für die USA. Also sollen insbesondere die zu erwartenden Migrationsströme rechtzeitig mit militärischen Mitteln abgefangen werden. Die Autoren der Pentagon-Studie Peter Schwartz und Doug Randall vom Global Business Network unterstellen (in Übereinstimmung mit der internationalen Klimaforschung), dass bis 2100 die durchschnittliche Erdtemperatur um bis zu 5,80 C steigt. Wenn infolge des Temperaturanstiegs die Eiskappe Grönlands teilweise schmilzt, verringern sich Dichte und Salzgehalt der Gewässer des Nordatlantik. Dies kann dazu führen, dass der Golfstrom abreißt und das gemäßigte Klima in den Anrainerstaaten des Nordatlantik abrupt verändert wird, weil weniger warmes Wasser nach Norden transportiert wird. Paradoxiertweise kann also die globale Erwärmung zu einer regionalen klimatischen Abkühlung, z.B. in Europa führen. Die Auswirkungen auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln oder den Wasser- und Energieverbrauch haben katastrophische Ausmaße, Wanderungsbewegungen sind die Folge. Gewaltsame Konflikte werden befürchtet. Die USA müssen sich gegen das Böse, das als Massenmigration kommt, rechtzeitig, also präventiv und „preemptive“ schützen. Der Unilateralismus der Bush-Administration ist aggressiv und er verfolgt die Herstellung exklusiver Sicherheit für jene in der „Heimat“ unter der Obhut des „Heimatschutz-Ministeriums“ gegen andere aus anderen Ländern.

Multilateralismus von unten: Die Bush-Gegner müssen sich international sammeln

Man könnte zur Schlussfolgerung kommen, die Bush-Regierung und die Wähler, die sie ins Amt gebracht haben, seien für die Herausforderungen unserer Zeit nicht reif. Fatalerweise haben sie aber die Macht in der Welt und sie sind skrupellos, diese auch einzusetzen. Der Widerstand gegen die Politik der Zerstörung wird mehr und mehr als Terrorismus (und als Antiamerikanismus) bezeichnet. Worte werden gekapert, um kritische Diskurse zu verunmöglichen. Die Reste von Rationalität und Demokratie bleiben auf der Strecke. Es ist fatal, dass die politische Klasse in Deutschland und in anderen europäischen Ländern sich wenige Tage nach der Wahl des G.W. Bush nicht nur mit seiner Wahl, sondern offensichtlich auch mit der Politik, einschließlich der Verbrechen von Abu Ghraib und Falludscha, abzufinden bereit ist. Die Anbiederung an die Bush-Regierung ist ein Schlag gegen die vielen US-Amerikaner, die gegen Bush und seine Politik auf der Strasse demonstrieren, in den Zeitungen und anderen Medien protestieren und überall agitiert haben. In einer multilateralen Welt, in der der US-Präsident auch Präsident des Planeten Erde ist, müssen wir mit den Bush-Gegnern in den USA zusammenarbeiten. Nur so ist das Schlimmste zu verhindern.

* Eine ausführlichere Version ist in der Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ im Januar 2005 erschienen. Graphiken: FTD und Economist

NOT WELCOME, MR. BUSH!

Aufruf Aktionsbündnis Mainz

Am 23. Februar wird der Repräsentant der US-Kriegspolitik Deutschland besuchen. Er will dabei die Zusammenarbeit im "Kampf gegen den Terror" vertiefen. Aber der Krieg der USA gegen den Irak ist selbst terroristisch und Quelle immer neuer Gewalt. In Wirklichkeit geht es [auch] um die Verletzung von Menschenrechten, um die Missachtung internationaler Übereinkünfte und ökologische Verantwortungslosigkeit. All dies wird einem rücksichtslosen Gewinn- und Machtstreben im Rahmen der neoliberalen Globalisierung untergeordnet.

Mehr als 100.000 Menschen im Irak verloren in den letzten zwei Jahren bereits ihr Leben, in ihrer großen Mehrheit unbewaffnete ZivilistInnen. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig. Die Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte in Afghanistan und Irak wie das Foltern von Gefangenen verletzen elementare Menschenrechte.

Wir fordern von der Bundesregierung, die Kriegsgefolgschaft zu verweigern!

Die deutsche Bundesregierung leistet beträchtliche Hilfe für den Kriegskurs der USA:

durch die Nutzung der hier gelegenen Militärflughäfen, darunter Rhein/Main-Airbase, Ramstein und Spangdahlem;
durch die Bewachung der US-Militäreinrichtungen;

durch den Bundeswehreinsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika;
sowie ú durch die Ausbildungs- und Materialhilfe für irakische Truppen.

Die Bundesregierung hat bereits im Krieg gegen Jugoslawien das grundgesetzlich verbiefte Verbot des Angriffskrieges gebrochen. Sie betreibt planmäßig und in großem Umfang den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe und gehört in der EU zu den treibenden Kräften der europäischen Militarisierung.

Wir fordern:

Schluss mit der Militärgewalt gegen die Zivilbevölkerung im Irak!

Beendigung der Besatzung; Selbstbestimmung der Bevölkerung im Irak!

Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffe gegen Zivilisten!

Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr am Krieg im Nahen und Mittleren Osten!

Keine militärische Intervention im Iran!

Um die drängenden Probleme der Menschen global friedlich lösen zu können, braucht die Welt keine Kriegsallianzen und keine US-Alleingänge, sondern solidarische Zusammenarbeit.

Deshalb treten wir ein:

Für eine gleichberechtigte wirtschaftliche, soziale und nachhaltige Entwicklung;

Für ein ziviles und soziales Europa, gegen die Verpflichtung zur Aufrüstung in der EU-Verfassung;

Für die Anerkennung und Bekämpfung der Ursachen von Terrorismus, wie Armut, Perspektivlosigkeit, Ausbeutung und Ungerechtigkeit;

Für eine gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte.

Europäische Politik muss Friedenspolitik sein - Abrüstung statt Sozialabbau!

Deshalb werden wir am Dienstag, dem 22. und Mittwoch, dem 23. Februar 2005 an vielen Orten und mit vielfältigen Aktionen demonstrieren und uns am 23. Februar in Mainz versammeln.

Eine friedliche Welt ist möglich!

Dieser Aufruf (<http://www.notwelcomebush.de/aufruf.pdf>) wurde auch von attac De unterzeichnet.

Infos: S. auch <http://www.bushinmainz.de> <http://www.attac.de/mainz>

Zur Unterstützung der Kampagne „Not welcome, Mr. Bush“ hat die SiG-Redaktion eine fünfseitige Sondernummer herausgebracht.

Attac Deutschland, Koordinierungskreis: Wer schweigt stimmt zu!

Am 23. Februar 2005 (Mittwoch) wird George W. Bush im Rahmen seiner Europareise auch die Stadt Mainz besuchen. Diesen Besuch nehmen wir zum Anlass gegen die unheilvolle und zum Teil verbrecherische Politik von George W. Bush zu protestieren und rufen alle demokratischen und gewaltfreien Kräfte auf, sich hieran zu beteiligen.

Die Politik von George W. Bush in den USA und weltweit sieht wie kaum eine andere für neoliberale Globalisierung und Raubtierkapitalismus.

Vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg über die offizielle Außerkraftsetzung des Rechtsstaats bis zur Beschneidung von Bürgerrechten und Schaffung sozialer Ungleichheit fehlt kaum etwas in der Liste

seiner Verbrechen. Die Begriffe von "Freiheit" und "Demokratie" werden von George W. Bush infam missbraucht, um tatsächlich die Errungenschaften der Aufklärung und des Humanismus mit Füßen zu treten und zu beseitigen.

Diese Person gehört nicht in das "Goldene Buch" der Stadt Mainz sondern vor Gericht!

George W. Bush und seine Administration kennen keinerlei Skrupel, wenn es darum geht, die Interessen der Konzerne an ungestörter Kapitalverwertung weltweit mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Gewalt abzusichern. So wird der verschärfte Standortwettbewerb der Staaten immer heftiger buchstäblich auf Kosten des Lebens von Menschen

ausgetragen. Auch die europäischen Staaten sind und waren daran nicht erst im Irakkrieg beteiligt. Zuletzt 1999 in Jugoslawien haben sie bewiesen, dass auch sie auf Uno und Völkerrecht pfeifen, wenn sie es für opportun halten. Gerhard Schröder errang sich damals das Verdienst, der erste echte deutsche Kriegskanzler seit dem zweiten Weltkrieg zu sein. Auch dagegen richtet sich unser Protest.

Attac wird dieser Politik gewaltfrei die Stirn bieten und unterstützt die Aktionstage am 22./ 23.02.05 und den Aufruf "Not welcome, Mr. Bush!"

Wer schweigt stimmt zu!

Globale Resonanzen

Zum Weltsozialforum 2005 und wieder zurück

In der Süddeutschen Zeitung vom 1. Februar wird in einem Kommentar an die Tatsache erinnert, dass wöchentlich 30.000 Kinder sterben, weil sie nicht ausreichend Wasser und Medikamente zur Verfügung haben. Da die Bilder des Elends den Weg nichts ins hiesige Fernsehen finden, wird auch kaum mehr gespendet. Deshalb sollen sich westliche Regierungen, insbesondere in Konfliktregionen, einmischen.

Wasser und Gesundheit waren auch zentrale Themen auf dem einen Tag vor Erscheinen des SZ-Kommentars zu Ende gegangenen 5. Weltsozialforums im brasilianischen Porto Alegre. Allerdings wurde weniger zu einer aktiveren Rolle nördlicher Regierungen aufgerufen. Im Gegenteil: Die Einmischung von nördlichen Regierungen, IWF, Weltbank sowie Konzernen wie RWE, Suez oder Vivendi (die letzteren beiden mit Sitz in Frankreich) mit dem Ziel der Privatisierung von Wasser wie auch die teilweise katastrophalen Folgen für die Versorgung mit Wasser und die Wasserpreise standen im Zentrum der Kritik. In dem „Manifest von Porto Alegre“ von 19 Intellektuellen, darunter Ignacio Ramonet, Bernard Cassen, Eduardo Galeano und die Nobelpreisträger José Saramago und Adolfo Pérez Esquivel, ist denn unter anderem die Forderung eines Menschenrechts auf Wasser wichtig.

Dieses Jahr zog es etwa 120.000 Menschen zum WSF, das zum vierten Mal in der südbrasilianischen Stadt stattfand (letztes Jahr in Mumbai). Zwischen der Eröffnungsdemonstration am Mittwoch und dem Abschluss am Montag fanden über 2.000 Veranstaltungen statt zu allem, was ein linker Kopf sich vorstellen kann bzw. ein linkes Herz begehrt (dazu kamen unzählige spezifische Workshops vor dem eigentlichen WSF). Aus Deutschland nehmen über die Delegationen der Rosa-Luxemburg-, Heinrich-Böll- und Friedrich-Ebert-Stiftung unterschiedliche Menschen aus NGOs, Bewegungen, Parteien und Hochschulen teil, dazu waren developmentpolitische Organisationen wie der Evangelische Entwicklungsdienst, der Deutsche Entwicklungsdienst und Misereor vertreten. Sozialpolitische Verbände fehlten weitgehend, dafür gab es eine starke Präsenz von GewerkschafterInnen.

In einem partizipativen Vorbereitungsprozess wurden elf „thematische“ Achsen herausdestilliert, die für die globalen sozialen Bewegungen zentral sind: Wissen und Wiederaneignung von Technologien; Diversität, Pluralität und Identitäten; Kunst und Kultur; Kommunikation; Gemeingüter als Alternative zu Privatisierung und Kontrolle durch transnationale Konzerne; soziale Kämpfe und Demokratie; Frieden und Demilitarisierung; internationale Demokratie; alternative Ökonomie; Menschenrechte, Ethik und Spiritualität. „Transversal“ hierzu sollten die Themen soziale Emanzipation und politische Dimension von Kämpfen, Kämpfe gegen den patriarchalen Kapitalismus, Kämpfe gegen Rassismus, Geschlechterverhältnisse und Diversität in die Debatten eingewoben werden.

Thomas Fatheuer von der Böll-Stiftung in Rio de Janeiro merkte an, dass jede und jeder sein eigenes WSF erleben würde. In der Tat – und das macht natürlich eine umfassende Einschätzung schwer. Ein Blick in das Programm zeigt, dass die Themen Privatisierung (hier besonders Wasser), Landreform, Militarisierung und Menschenrechte bedeutend waren.

Das WSF erfüllt, wie seine lokalen, nationalen und regionalen „Ableger“, verschiedene „Funktionen“. Die meisten dieser Funktionen werden abseits der großen Medienöffentlichkeit erfüllt, weshalb sie nicht weniger wichtig sind. Nach außen hin stellt das Forum, schon aufgrund seiner Parallelität zum Weltwirtschaftsforum in Davos, einen wichtigen symbolischen Kontrapunkt zu den herrschenden Kräften und Prozessen der neoliberal-neoimperialen Globalisierung dar. Hier die farbenfrohe und enorm dynamische Suche nach einer anderen Welt – dort die unter Polizeischutz tagenden, in ihren grauen Anzügen tristen Profiteure und Verwalter des Elends. Neben den Protesten gegen G8- oder Weltbank/IWF-Versammlungen wird auf einem WSF besonders deutlich, dass es den Bewegungen nicht nur um Kritik geht, sondern um emanzipative Alternativen. Das agenda setting wird weniger von außen vorgegeben als etwa bei WTO-Verhandlungen. Auf der Ebene der Infragestellung neoliberaler Konsense sind die aktuellen Bewegungen zweifellos recht erfolgreich. Hierfür sind auch „Köpfe“ und Begriffe wie De-Globalisierung, Gemeingüter, ya basta! (es reicht), radikale Transformation wichtig. Es dient zudem der Identitätsbildung der Teilnehmenden und vieler Nicht-Teilnehmenden, die sich den Bewegungen zugehörig fühlen. Zu wissen, dass andere Menschen ähnlich denken und handeln, stellt eine enorme Ermunterung für die eigenen Praxen dar. Zu verstehen, wie andere denken und handeln, und sich mit einigen sogar noch gemeinsame Perspektiven zu erarbeiten, ist eine ungleich größere Herausforderung, mit der man bei einem WSF wächst. Deshalb spielt die fantastische Stimmung eine wesentliche Rolle und sollte das Forum nicht zum Festival abstufen. Stimmung heißt ja nicht nur, zu feiern oder sich inhaltlich-rhetorisch gelungene Vorträge anzuhören, sondern bedeutet Zufriedenheit nach einem konzentrierten dreistündigen Workshop oder Gesprächen mit neuen Bekannten. Es geht auf einem WSF auch wesentlich munterer und weniger technokratisch zu als auf NGO-Foren um bestimmte UNO-Konferenzen herum. Eine weitere Funktion ist der Erfahrungsaustausch: Das WSF ist eine weltweit einzigartige Ideenbörse, bei der konkrete Kämpfe gegen die herrschenden Verhältnisse sowie entstehende Alternativen beschrieben und reflektiert werden. Das ist m.E. der prickelndste Aspekt, denn hier werden die schwierigen Suchprozesse, Hindernisse und Kontingenzen am deutlichsten. Über große und kleine Diskussionen dient es der Selbstverständigung darüber, was die Dynamiken der gegenwärtigen Entwicklungen ausmacht. Das geschieht über Persönlichkeiten wie Immanuel Wallerstein, Vandana Shiva, Arundhati Roy oder Walden Bello eher aus Makroperspektiven oder in Workshops zur Regulierung der Finanzmärkte, Strategien gegen Staudämme oder alternative Landwirtschaft entlang konkreter Konflikte. Insofern ist das WSF eine gigantische Bildungsveranstaltung. Und schließlich dient es für konkrete Absprachen und Strategieentwicklungen – sei es für internationale Kampagnen, weiteren Erfahrungsaustausch, Treffen von Projektpartnern, Vernetzung von Intellektuellen. Hier entsteht in face-to-face-Kommunikation jenes Vertrauen, das für ein gemeinsames Agieren notwendig ist.

Place matters. Der konkrete Ort in Südbrasilien führte zu einer enormen Teilnahme aus Brasilien sowie – weit geringer – aus Uruguay und Argentinien. Relativ wenig Menschen waren aus

Asien und Afrika da. Zudem gab es ein deutliches Übergewicht von Workshops zu brasilianischen und lateinamerikanischen Themen sowie in Portugiesisch und Spanisch ohne Übersetzung ins Englische. Selbst viele Pressemitteilungen waren auf Portugiesisch und zu innerbrasilianischen Themen.

Der Umzug des Forums in das Stadtzentrum und zum Jugendcamp, in dem 30.000 meist jüngere Menschen untergebracht waren, war dagegen sinnvoll (um den Preis, dass statt in festen Räumen in Zelten sich ausgetauscht und diskutiert wurde). Gerade hier zeigen sich die Vorzüge eines Festivals, dass nämlich vor allem Leute aus dem Süden Lateinamerikas eine Woche lang sich und andere kennenlernen, diskutieren und feiern, mit Sprachproblemen umgehen, etc.

Nationale Souveränität als Lösung?

Nach der Kritik vergangener Jahre an „Promi-Podien“ mit bis zu 5.000 ZuhörerInnen und 2003 einer Abschlussveranstaltung mit 25.000 Menschen wurde dieses Jahr auf von den Veranstaltern konzipierte Großveranstaltungen verzichtet. Das führte natürlich dennoch dazu, dass zu einer Diskussion mit Emir Sader, einem der wichtigsten linken Intellektuellen in Brasilien, Michael Hardt und John Holloway sich 2.000 Menschen einfanden. Problematischer ist jedoch, dass der neben der Auftaktdemonstration einzige Ort des Zusammenkommens von jemandem besetzt wurde, der einem beim Stichwort WSF nicht sofort einfällt: dem Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez.

Nach der Enttäuschung vieler Linker Lateinamerikas gegenüber der brasilianischen Regierung von Lula da Silva – vor genau zwei Jahren wurde eben dieser auf dem WSF kurz nach Regierungsantritt frenetisch gefeiert – füllte Chávez eine offenbar von vielen so wahrgenommene Leerstelle. Er bediente aber nicht nur einen oft simplifizierenden Antiamerikanismus und das Bedürfnis nach einer personifizierten Projektionsfläche, sondern steht für eine wichtiger werdende Position, die ich mangels begrifflicher Alternative als „national-souveränistische“ bezeichnen würde. Die Verwerfungen der neoliberal-neoimperialistischen Globalisierung werden von einem nicht unerheblichen Teil der Bewegungen gerade in Lateinamerika in einem klassischen anti-imperialistischen Bezugsrahmen, und hier „die“ USA angreifend, verortet. Letzteres ist nicht so ganz falsch. Gleichwohl zeigen die meisten empirischen Beispiele der Durchsetzung neoliberaler Strategien, besonders deutlich bei den Privatisierungen von Staatsbetrieben, die hochgradige Verflochtenheit der eigenen inneren oder Kompradoren-Bourgeoisie.

Dass sich an Chávez derart viele ausrichten, könnte zum Problem für radikalere Strömungen werden, die nicht durch die Hintertür einen Staat als Instrument emanzipativer Transformation ins Zentrum stellen. Allzu schnell schatten die mobilisierenden und andere positive Aspekte jene der Kontrolle der Bevölkerung durch ein Militär ab. Gleichwohl zeigt das Beispiel Venezuela deutlich, inwieweit eine unfähige Bourgeoisie und Staatsklasse unter bestimmten Umständen dennoch entscheidend geschwächt werden kann. Zudem finden in Venezuela durchaus Prozesse in Richtung Demokratisierung statt, unter anderem weil Chávez auch gegen die alte Staatsbürokratie vorgehen muss.

Die langsame Stärkung einer „national-souveränistischen“ Position macht ein weiteres Dilemma deutlich: Es fehlt bei den Treffen – und wahrscheinlich auch darüber hinaus – eine entwickelte Streitkultur. Über teilweise erhebliche Differenzen oder sogar sich widersprechende Perspektiven wird oft hinweggegangen.

Das wird gerade dann zum Problem, wenn anerkannt wird, dass emanzipative Gesellschaftsveränderung nicht privilegiert über die Transformation staatlicher Institutionen stattfinden kann, sondern auch durch die Revolutionierung der Alltagsverhältnisse: Produktion, Reproduktion, Subjektivitäten, das Verhältnis von Gesellschaften zu Natur. Die enorme Vielfalt von konkreten alternativen Praxen und Ideen, von Politikvorstellungen und neuartigen Konstituierungen sozialer Subjekte, mit den mexikanischen Zapatistas gesprochen: die „Neuerfindung der Revolution“, könnte zu schnell wieder enggeführt werden auf eher traditionelle Vorstellungen. Gleichzeitig, und das macht Venezuela ja deutlich, gehen letztere in der Tat mit verbesserten Lebensbedingungen für viele Menschen einher.

Das WSF gibt einen – notwendig oberflächlichen – Eindruck, wie sich neue Formen materieller und sozialer Reproduktion herstellen. Der peruanische Intellektuelle Anibal Quijano fragte, ob mit diesen kriseninduziert sich verändernden Mikrostrukturen eventuell neue Reproduktionsmodi entstehen, die auf so etwas wie Staat im westlichen Sinne verzichten (müssen).

Deutlich wird an Reflexionen von, mit und über Bewegungen, dass neue Formen der Vergesellschaftung sich nicht über Postulate durchsetzen, sondern sich in widersprüchlichen Lernprozessen materialisieren müssen. So beschrieb etwa Nélide Jara von einer Bewegung der Erwerbslosen in Buenos Aires, dass Horizontalität für sie nicht nur ein wichtiges Prinzip sei, sondern über die konkreten Verbesserungen der Lebensbedingungen eben jene sich praktisch verankere. Ihr Kampf sei erfolgreicher, weil es das ständige Ringen um horizontale Binnenstrukturen gebe, bei allen Rückschlägen eben auch Fortschritte hinsichtlich der Positionsfindung gegenüber der Regierung, der alltäglichen Versorgung, den Geschlechterverhältnissen und anderem.

Bewegungen und Institutionen

Eine andere, viel diskutierte Ebene neben sich widersprüchlich verändernden Alltagsverhältnissen ist jene der nationalen und internationalen institutionellen Politik, des Agierens transnationaler Konzerne und der Schwächung des Druckes, der von den internationalen Finanzmärkten ausgeht. Im Bezug auf letztere wurde es als Erfolg der Bewegungen verbucht, dass Schröder und Chirac sich in Davos zumindest symbolisch hinter die Tobin-Steuer stellten. Das wurde nicht bejubelt, weil von vielen als P.R.-Maßnahme interpretiert, aber doch erfreut zur Kenntnis genommen. Wichtiger ist wahrscheinlich, dass die Amerikanische Freihandelszone FTAA, die ursprünglich bis Januar 2005 eingerichtet sein sollte, weit von ihrer Realisierung entfernt ist. Hier spielt das Verhältnis von Bewegungen zu staatlichen Regierungen natürlich eine Rolle. Und auch die vielfältigen subtil und offen repressiven Politiken, denen verschiedenste Spektren der Bewegungen ausgesetzt sind, sind oft genug staatlich organisiert und müssen über Kämpfe zurückgedrängt werden, die zu anderem Staatshandeln führen. Diese Aspekte gehen in manchen „großen“ Interpretationen eines John Holloway oder Michael Hardt verloren.

Auffallend ist, dass es wenig Interesse daran gibt, die Rolle des Staates in seinen je unterschiedlichen Kontexten oder internationaler Institutionen gründlicher zu diskutieren. Für viele ist der Staat neben dem Kapital die Ausgeburt des Bösen, andere sehen in ihm eine unverzichtbare Regulierungsinstanz, die es angesichts der neoliberalen Verhältnisse zu demokratisieren gelte.

An der Spannung zwischen Emphase – manchmal auch Romantisierung – für soziale Bewegungen und deren absolute Notwendigkeit einerseits und institutioneller Politik andererseits leiden jenseits von Events wie dem WSF Teile der Bewegungen. Denn selbst wenn sich das einige selbsternannte Avantgardisten anderes vorstellen: Gesellschaftliche Veränderung ist eben auch das „Bohren dicker Bretter“, bedeutet „Stellungskämpfe“ (Antonio Gramsci) an vielen Orten mit klugen Strategien und langem Atem gegen Gegner, die nicht dumm sind und über ungleich mehr Ressourcen verfügen. Vorschläge für abstrakte Masterpläne oder der traditionelle Dreischritt „Analyse der Widersprüche – Programm – Bündnisse“ sind eher am Rande zu finden.

An diesen Fragen wird deutlich, dass die aktuellen Bewegungen sehr ernst nehmen, dass es nicht zuletzt um alternatives Wissen geht: um konkurrierende Interpretationen zu den gegenwärtig herrschenden, sei es an den Universitäten oder im breiteren öffentlichen Diskurs; Wissen um komplizierte Sachverhalte, um gegen neoliberale Technokraten argumentieren und Vorschläge machen zu können; Wissen, wie ganz konkret das Leben anders gestaltet werden kann – sei es in der Landwirtschaft oder bei der Nutzung des Internet.

Dieses Wissen ist meist nicht akademisch. Es entsteht in den Bewegungen selbst oder wird dort erhalten, weil sich Menschen dagegen wehren, fremdbestimmt modernisiert zu werden. Insbesondere NGOs spielen hier eine wichtige Rolle, da sie häufig eine bewegungsorientierte Infrastruktur bieten hinsichtlich organisatorischer Erfahrungen, materieller Ressourcen, internationaler Kontakte und Sprachkenntnisse, spezifischer Wissensformen u.a.

Theoretisches Wissen verliert in dieser Konstellation seinen oftmals proklamierten (und von den „Empfängern“ akzeptierten) überlegenen Status. Deutlich wird, dass das Wissen um Strukturen und Handlungshemmnisse, um Widersprüche und Kontingenzen in die je spezifischen Kontexte und Konflikte übersetzt werden muss. Wenn emanzipative Veränderungen an unzähligen Orten und Situationen stattfindet, wenn es keinen Fahr- und Masterplan hin zu einer anderen Gesellschaft gibt, wenn Bewegungen sich gerade nicht vereinheitlichen lassen, dann stellt das enorme Anforderungen an unterschiedliche Wissensformen. Theorie bleibt wichtig als Strukturwissen und Angebot zu Reflexion. Das ist enorm viel – und in der Praxis sehr schwierig.

Hier und da wurde die Frage der Repräsentation gestellt, nach dem „Mandat der Basis“. Das haben die meisten TeilnehmerInnen und genau das macht die Dynamik des WSF aus. Gleichwohl sind viele TeilnehmerInnen aus eigenem

Interesse da, AkademikerInnen, NGO-MitarbeiterInnen – und das ist wichtig. Solch ein Treffen kann nicht den Anspruch auf Repräsentativität erheben, allenfalls handelt es sich um eine regulative Idee, damit die TeilnehmerInnen regional und thematisch möglichst vielfältig sind.

Bereits von den früheren Veranstaltungen bekannte Probleme wiederholten oder verschärfen sich: Zum einen dominierte eine Veranstaltungsform, bei der vier bis acht Menschen zunächst referierten und dann mit dem Publikum diskutiert wurde. Zudem waren nach meiner Schätzung und dem Eindruck aus etwa 30 Veranstaltungen über drei Viertel der ReferentInnen Männer.

Wie weiter?

Das Weltsozialforum, das ist inzwischen deutlich geworden, ist ein Kristallisationspunkt enorm vieler Akteure und konkreter Kämpfe. Im kommenden Jahr soll es dezentral stattfinden, was für Europa wohl heißen wird, dass es mit dem Europäischen Sozialforum in Athen im April 2006 stattfinden wird. In Lateinamerika wird höchstwahrscheinlich Caracás, eventuell mit Buenos Aires, das dezentralisierte WSF beherbergen. 2007 soll es ein zentralisiertes WSF in Afrika geben. Marokko und Südafrika hörte man hier und da am Rande genannt.

Die Frage, ob es sich beim WSF um einen Raum des Austauschs oder um einen spezifischeren Akteur handeln soll, beantwortet sich m.E. von selbst: Versuche wie der von Bernard Cassen beispielsweise, im Namen des Forums zu sprechen, haben keine orientierende Wirkung und werden abgelehnt. Die oben genannte „Gruppe der 19“ hat sich mit dem Vorstoß nicht nur Sympathien erworben, da hier der ohnehin immer aufscheinende und kritisierte Wunsch von Intellektuellen nach Prominenz und orientierender Funktion aufscheint.

War das WSF 2005 ein Erfolg? Das hängt natürlich von den jeweiligen Erwartungen und konkreten Erfahrungen ab. Die Sozialforen auf unterschiedlichen Ebenen sind eine Form des Austauschs der globalen sozialen Bewegungen. Sie werden ihre Suche nach einer besseren Welt nur vorantreiben können, wenn sie über sich selbst hinaus wirken.

Es geht daher von ganz konkreten Auseinandersetzungen „vor Ort“, in Betrieben, Universitäten, persönlichen Nahverhältnissen oder von bestimmten Aspekten nationaler und internationaler Politik zum Weltsozialforum – und wieder zurück. Eine andere Welt wird nur möglich, wenn die vielfältigen emanzipatorischen Ansprüche, Ideen, Strategien, Erfahrungen mit anderen Resonanzen finden, Lern- und Erfahrungsprozesse sowie Gegenmacht im umfassenden Sinne bilden

Weitere Berichte über das WSF:

Für Attac Österreich berichtete Pia Lichtblau aus Porto Alegre:

<http://www.attac.at/wsf2005.html>

AMARC, Weltverband Freier Radios, berichtet in EN, FR, SP:

<http://www.amarc.org/site.php?lang=EN&topic=wsf>

Penelopes berichtet aus Frauen-Perspektive in EN, FR, SP:

<http://www.penelopes.org>

SAMBA SI! DAVOS NO! Die anderen Rythmen von Porto Alegre

Porto Alegre, Brasilien, Januar 2001. Ein Mann mit Vorderglatze, runder Brille, vielleicht 60 Jahre als geht auf den Balkon seines Hochhauses, hoch über der Auftaktdemonstration zum 5. WSF. Er steigt auf einen Stuhl, ein Jüngerer, vielleicht sein Sohn, hält ihn an den Beinen fest, damit er nicht in den Abgrund und auf die Demonstranten da unten stürzt. Dieser Mann im Anzug hält ein riesiges Transparent hoch auf dem steht: Samba Si! Davos No! (Samba ja! Davos Nein!) Die Menge unten auf der Straße tobt, als sie die Botschaft liest und je lauter sie unten werden, desto mehr kommt der Mann oben in Fahrt, brüllt, wirft die Schultern hoch und tanzt, tanzt, tanzt!

Während oben zwischen den Teilnehmern des internationalen Vorbereitungskomitees, welches das 5. WSF auf den Weg bringt, die Spannungen und Widersprüche wachsen zwischen den sozialen Bewegungen und den NGOs, entsteht unten wie üblich ein anderes Forum; wie es eben immer so ist, unbeachtet von den großen Medien und auch von den großen Führern der globalen Bewegung, ja da unten wird geträumt und es entstehen die anderen Rhythmen von Porto Alegre.

1. Feiern und lernen:

Die traditionelle Linke versteht nicht, wie sie diesen Raum eines Zusammentreffens der globalen Widerstände für sich nutzen kann. Die traditionelle Linke, verankert in einer Dynamik, die alles kontrolliert, was sie anfasst, alles trennt, was sie aufbaut und alles cooptiert, was übrigbleibt, sie versteht nicht die Bedeutung dieses Raumes aller Räume, in dem die Rhythmen der da unten sich weder kontrollieren noch cooptieren lassen.

Igor, ein junger Brasilianer, ist viele Stunden nach Porto Alegre angeereit, um auf alle seine Fragen über den Zapatismus Antworten zu finden und um aus seinem Ort die Solidarität zu überbringen für den Neozapatismus in Mexiko, der auf all den Fluren, Zelten, Gesprächen und Workshops von unten mitschwingt als das was er ist: einer der wichtigsten Bezugspunkte des Kampfes, des Widerstands und des Entstehens einer neuen Welt für Europa und Lateinamerika.... Etwa 40 000 junge Männer und Frauen versuchen hier im Jugendcamp das größte Zusammentreffen eines anderen Lebens zu verwirklichen. Das Feiern lässt nicht auf sich warten und die klassischen Linke fragt sich, warum die langen Debatten und ermüdenden Parolen keine Wirkung zeigen auf die Tausenden jungen Menschen, die lieber T-Shirts der Anti-Coca-Cola-Kampagne verkaufen, Versammlungen über freie Medien veranstalten, Skateboard fahren, dem starken brasilianischen Hip-

Hop lauschen oder sich einfach in eine der 7 parallel laufenden Partys fallen lassen, die hier jede Nacht das Camp vibrieren lassen. Für viele schon Grund genug, um auf das Forum zu kommen, aber die klassische Linke hält dies verächtlich für frivol und die kleinen Räume, in denen gelernt wird, für ungenügend! Aber sie und wir sehen hier Wege und Möglichkeiten, um sich den Nichtorganisierten zu nähern, mit ihnen zu sprechen, sie zu überzeugen und so entstehen kleine und neue Kämpfe, selbst wenn sie so klein sind wie die von Igor oder Andrea aus Chile.

2. Neue Netze und Kämpfer der Kleinsten

Aber auch wenn Igor oder Andrea schon Grund genug sind, um über Tausende von Kilometern an zu reisen, so kommen noch andere Erfahrungen hinzu mit Menschen, weit weniger bekannt als z.B. als Eduardo Galeano, José Samarago, Lula oder Chavez, die Tausende von Menschen anziehen. Weniger bekannt, weniger spektakulär, weniger von den Medien beachtet, aber mitten im Herzen des Forums kommen z.B. Hunderte zusammen, um sich mit den MTDs (Erwerbsloseninitiativen), den Aufständischen aus Argentinien zu treffen. Das Interesse basiert auf den Erfahrungen mit Autonomie und Selbstverwaltung der MTD Solano oder MTD Matanza, ihrer horizontalen Organisationsform, ihren Werkstätten und Kooperativen. Und das Interesse steigert sich noch mehr als die argentinischen MTDs auf die brasilianischen treffen.

Die Widerständigen treffen sich, auch wenn es für die internationalen Agenturen nur ein Event mehr unter vielen ist! Die Widerständigen tauschen sich aus, auch wenn sie es nicht im Stadium Gigantino tun, das zur gleichen Zeit überfüllt ist mit Menschen, die dem charismatischen venezolanischen Präsidenten zuhören. Die Widerständigen fangen an sich zu artikulieren, Inseln des Widerstandes, oder um mit den Worten von Subcomandante Marcos zu sprechen, sie bauen Schiffchen, um sich zu treffen. Zu ihren Versammlungen kommen Hunderte, um Aktionen zu planen, Pläne zu schmieden, Gedanken und Erfahrungen auszutauschen, Träume, Träume und wieder Träume! So wie z.B. das brasilianische Movimiento de Tierras, Trabajo y Libertad (Bewegung für Land, Arbeit und Freiheit) das mit eigenen Worten von befreiten Zonen schaffen möchte, frei von Staat und Kapital, so nimmt die zapatistische Erfahrung unmittelbar neue Formen an. Diese Bewegungen bitten auf diesem Forum nicht um Resolutionen, die ihnen das Kämpfen erlauben, eignen sich das Forum an, um ihre

eigenen Kämpfe fortzusetzen. Sie bestimmen ihre Träume selbst, sie fragen nicht in welchen Bahnen sie zu träumen haben. Das Forum enttäuscht die Leute und wir alle vergessen einen Moment lang den berühmten Internationalen Rat und die von der Linken aufgebauten Stars.

3. Andere Praxisformen, andere Welten

Aber die wichtigsten Diskurse drehen sich um praktische Experimente, denn sechs Tage Forum lassen einen Blick auf Wege in Richtung einer anderen Welt werfen. Das ganze Forum über sind das Jugendcamp und Hunderte von Zelten voller fair gehandelter Waren: Säfte und Obst, frei von Genfood, Süßigkeiten und Kekse aus solidarischen Kooperativen, Produkte aus nichtentfremdeter Arbeit und vor allem findest du hier nicht die Produkte der verhassten Multis, die in zig anderen Läden auf dem Forum anzutreffen sind. Viele Gebäude auf dem Jugendcamp sind nach einer Bioarchitektur errichtet und Greenpeace hat eine Liste von genmanipulierten Produkten erstellt. Aber nicht alles sind alternative Lebensformen. Das Leben der 40 000 jungen Menschen, 6 Tage lang, bringt auch seine sozialen Probleme mit sich. In unserer Bewegung gibt es auch Diskriminierung, Rassismus und Sexismus, z.B. wurden Frauen auf dem Camp verbal und teilweise auch tätlich angegriffen. Diese Probleme treten auch hier auf, aber gleichzeitig entstehen neue Praktiken dagegen: die Frauen organisieren sich, sprühen Wandmalereien gegen die Angriffe und organisieren eine Demonstration im Camp selbst.

Solche Praxisformen sind mehr als ein Workshop oder Gespräche. Sie sind ein offenkundiges Zeichen dafür, dass anderes Leben und andere Welten existieren. Es sind konkrete, uns prägende Erfahrungen und sie sind mehr als Debatten, die direkte Aktion und die anderen Lebenserfahrungen sind ein brillantes Beispiel der anderen möglichen Welt.

4. Neue Formen der Politik

Die Organisatoren des Jugendcamps wussten diesmal zuzuhören und es gelang ihnen, den Unmut vieler Teilnehmer aus vergangenen Camps aufzunehmen, das Camp zu verbessern und v.a. zu radikalisieren. Und bei der Entscheidungsfindung in der neuen Camporganisation, wandten sie an, was die Zapatisten "mandar obediendo" (gehörchend regieren) nennen.

7 Aktionszentren wurden bioarchitektonisch errichtet: CHE GUEVARA (Gesundheit), LOGAN-EDE (Zentrum für Schwule und Lesben), RAICES (Austausch der

Kulturen), TUPIGUARA (Ökologie und nachhaltige Entwicklung), LABORATORIO de comunicaciones libres (freie Radios, Indymedia etc.), TARRAU (soziale Bewegungen mit Themen wie Arbeit, Land etc.), und last not least unser CARACOL INTERGALACTIKA (Schnecke, nach dem Selbstorganisationsmodell der Zapatistas benannt, die davon sprechen, wie lokale Kämpfe mit nationalen und globalen verknüpft sind und umgekehrt vom Globalen zum Lokalen, wie in einem Schneckenhaus eben. Intergaláctika, wie die 1966 von der EZLN organisierte internationale Zusammenkunft, ein Pioniertreffen für die globalen Kämpfe.) Daneben poetische Clowns, die Aktionen auf die Straße tragen oder auch mal ein Abendessen, angestoßen von der spanischen Gruppe YOMANGO mit Getränken und Lebensmitteln, alle angeeignet in großen Supermärkten. Yomango, die rebellischen, poetischen Clowns, die Konstruktion der Horizontalität, der Zapatismus als eine neue Form von Politik, die Generation der Zeltlager in allen Ecken der Erde, die Vorbereitung von Aktionen gegen G8, gegen das ALCA, die WTO, den IWF und die Weltbank, sie alle waren nur einige Themen auf den etwa 100 Veranstaltungen im "Caracol Intergaláctika". "Caracol" und all die anderen Aktionszentren zeigen dem Forum eine kollektivere Organisationsweise, weniger verzettelt und weniger zerstreut in Hunderte von Aktivitäten, wie es die traditionellen Workshops sind. Vor allem

aber zeigten sie, dass der Rhythmus von unten in Porto Alegre nach einem anderen politischen Takt läuft, nach neuen und heterogeneren Organisations- und politischen Ausdrucksformen. Es entstehen andere Partizipationsformen in denen die direkte Aktion Vorrang hat, sowie Beziehungen von Angesicht zu Angesicht, horizontale Versammlungen und andere, selbstbestimmtere Kämpfe, sie alle lassen in Porto Alegre neue Träume und eine andere Politik entstehen.

5. Die Rhythmen, die noch getanzt werden müssen

Hier einige Punkte, die auf einem Treffen in den "Caracoles" mit Vertretern des Internationalen Rates nach einer kritischen Debatte, z.B. über das Übergewicht der NGOs auf dem Forum u.a. erhoben wurden:

1. Es ist ethisch nicht zu vertreten und widersprüchlich, dass einige multinationale Unternehmen wie die Ford Foundation oder die Bank von Santander das WSF mit finanzieren.
2. Das Forum kann und darf von keiner Gruppe oder Einzelperson benutzt werden, um eine Reformierung von politischen Organisationen wie der UN oder aus der Finanzwelt, wie dem IWF in Richtung Demokratisierung in die Wege zu leiten.
3. Das Forum hat die Aufgabe, Organisationsstrukturen zu radikalieren, Netzwerke zu unterstützen und Impulse zu geben zur

direkten Aktion und Dialogen zwischen den Bewegungen.

4. Das Forum soll Mechanismen erarbeiten, die eine ausgewogenere Teilnahme von den asiatischen und afrikanischen Bewegungen erlauben und es soll den Ausschluss von so wichtigen Akteuren wie der EZLN aufheben.
 5. (vielleicht das Wichtigste) Das Forum muss ein erfolgreicherer Instrument zur Verwirklichung konkreter Ziele sein, wie z.B. das der Beendigung der Besetzung im Irak.
- (stark gekürzt)

Wir hoben auf der Schlussveranstaltung im "Caracol Intergaláctico" hervor, dass unser Raum nur ein Zeichen, ein Weg und ein Beispiel war für das, was die Bewegung der Bewegungen in der Welt erreicht hat. Das Forum war voller Widersprüche und Unzulänglichkeiten, so wie es unsere Bewegungen außerhalb auch sind. Aber das Forum hat Impulse für die Nichtorganisierten gegeben, für neue Praxisformen und Netzwerke, die sich durch das Forum konstituieren und v.a. für neue Formen der Politik in diesem globalen Raum, Impulse, die die kleinen Räume, Risse, Löcher, befreite Zonen sichtbar machen, Experimentierräume einer anderen Welt, einer Welt, in die viele Welten passen.

(Gekürzt und übersetzt von D.Härlin)

*Soziologe an der Universidad Autónoma Metropolitana de Xochimilco

MITTEILUNG DES INTERNATIONALEN RATES

Ergebnis der Tagung des internationalen Rates des Weltsozialforums am 25. Januar 2005 in Porto Alegre
Der Internationale Rat des Weltsozialforums (WSF) entscheidet über das WSF 2006:

Das WSF 2006 wird in dezentralisierter Form, an verschiedenen Orten der Welt, durchgeführt. Diese Entscheidung zielt auf die Ausweitung und Vertiefung des Prozesses des Weltsozialforums. Das WSF 2006 integriert Veranstaltungen, die in verschiedenen Regionen und Ländern stattfinden und deren tragende Organisationen bereit sind, die gemeinsam entwickelten methodologischen Prinzipien, die auf der Charta von Porto Alegre beruhen, anzuwenden. Der Prozess des WSF 2006 beginnt mit der Durchführung von Veranstaltungen, die zeitgleich mit dem Weltwirtschaftsforum von Davos stattfinden.

Die Vorschläge für das WSF 2006 sollen bis April vorgelegt und im Dialog mit

den Organisationsgremien des WSF-Prozesses formuliert werden. Die endgültige Entscheidung über die Veranstaltungen des WSF 2006 wird im April 2006 auf der Tagung des Internationalen Rates getroffen. Auf seiner Tagung im April wird der Internationale Rat die Architektur des Prozesses des WSF 2006 festlegen. Zugleich wird er eine Zusammensetzung des Internationalen Sekretariats beschließen, die den neuen Herausforderungen entspricht. Bis April soll das Internationale Sekretariat des WSF, das aus Mitgliedern aus Brasilien und Indien besteht, seine Aufgaben fortsetzen. Die Organisatoren der Veranstaltungen des Prozesses des WSF 2006 werden ihre Erfahrungen systematisieren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Der Internationale Rat wird die laufenden regionalen und thematischen Prozesse effektiv unterstützen.

Der Internationale Rat des Weltsozialforums (WSF) entscheidet über das WSF 2007:

Das WSF 2007 wird in Afrika durchgeführt.

Für die Organisation des WSF 2007 sind die afrikanischen Organisationen verantwortlich. Der Internationale Rat teilt diese Verantwortung mit ihnen. Die afrikanischen Organisationen stellen auf der Tagung des Internationalen Rates den Kalender und das Arbeitsprogramm des WSF 2007 vor. Der Internationale Rat erklärt bereits jetzt seine solidarische Unterstützung für den Prozess des WSF 2007 in Afrika

.MANIFEST VON PORTO ALEGRE

Eine andere Welt ist möglich: Zwölf Vorschläge

TeilnehmerInnen an dem Weltsozialforum haben die Herausgabe der zwölf Vorschläge kritisiert, weil dadurch der offene Charakter des Forums nicht respektiert worden wäre, andere wiederum begrüßen, dass überhaupt versucht wird, die bisherigen Debatten zusammenzufassen, um handlungsfähiger und erfolgreicher zu werden. Es gab zwei verschiedene Versionen dieses Manifests, nach einigen Recherchen können wir die verabschiedete Fassung veröffentlichen, mdv, SiG Redaktion

<http://www.ipsterraviva.net/tv/wsf2005/Manifesto/Manifesto1.html> oder http://www.observatoire-medias.info/article.php?id_article=363

Seit dem im Januar 2001 in Porto Alegre abgehaltenen ersten Weltsozialforum haben sich die Sozialforen auf alle Kontinente ausgebreitet, sogar bis auf die nationale und lokale Ebene. Mit dem WSF ist ein die Erde umspannender öffentlicher Ort für die Bürgerrechte und die Kämpfe zu deren Durchsetzung entstanden. Es hat die Ausarbeitung von Vorschlägen für politische Alternativen zum Diktat der von den Finanzmärkten und den multinationalen Konzernen vorangetriebenen neoliberalen Globalisierung, deren bewaffneter Arm die imperiale Macht der Vereinigten Staaten ist, ermöglicht. Inzwischen hat die Bewegung für eine andere Welt auf Grund ihrer Vielfalt und der Solidarität der an ihr teilnehmenden Aktivistinnen und sozialen Bewegungen eine Stärke erreicht, die weltweit ins Gewicht fällt.

Von den unzähligen Vorschlägen, die auf den Foren entwickelt worden sind, finden sehr viele breite Anerkennung innerhalb der Sozialbewegungen. Die Unterzeichner des Manifests von Porto Alegre, die hiermit nur ihrer persönlichen Meinung Ausdruck geben und keineswegs vorgeben, im Namen des Forums zu sprechen, haben zwölf Vorschläge herausgearbeitet, die zusammengenommen sowohl Sinn machen als auch die Grundlagen zum Aufbau einer anderen Welt darstellen. Würden sie umgesetzt, könnten die BürgerInnen dadurch endlich damit beginnen, sich gemeinsam ihre Zukunft wieder anzueignen.

Diese Minimalplattform wird den WSF-Teilnehmern und den sozialen Bewegungen aller Länder zur Beurteilung vorgelegt. Denn sie werden es sein, die die zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Kämpfe auf sämtlichen Ebenen – auf der Ebene des gesamten Planeten, der Kontinente, auf nationaler und lokaler Ebene – werden führen müssen. Wir machen uns nämlich keine Illusion über den tatsächlichen Willen der Regierungen und internationalen Institutionen, diese Vorschläge von sich aus umzusetzen, auch wenn sie aus reinem Opportunismus die Begriffe daraus entlehnen.

I. Eine andere Welt ist möglich:

Mittels neuer Regeln in der Wirtschaft wird für alle Menschen das Recht auf Leben geachtet.

Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Streichung der Staatsschulden der Länder der südlichen Hemisphäre. Diese Schulden sind bereits mehrmals bezahlt worden. Für die Gläubigerstaaten, die Kreditinstitute und die internationalen Finanzinstitutionen stellen die Schulden das beste, wirksamste Mittel dar, um den überwiegenden Teil der Menschheit zu bevormunden und sie in Elend zu halten.

2. Einführung einer internationalen Besteuerung der Finanztransaktionen (insbesondere die Tobin-Steuer auf die Devisenspekulation), der Direktinvestitionen im Ausland, der konsolidierten Gewinne der multinationalen Firmen, des Waffenhandels und der Tätigkeiten mit starkem Ausstoß von Treibhausgasen.

3. Schrittweise Auflösung sämtlicher Formen von Steuer-, Recht- und Bankkonto-Oasen, die einen Schlupfwinkel für organisierte Kriminalität, Korruption, illegalen Handel jeder Art, für Betrug, Steuerflucht und strafbare Geschäftsabwicklungen von Grossunternehmen und sogar von Regierungen darstellt.

4. Das Recht jedes Bewohners dieser Erde auf Arbeit, Sozialsicherung und Rente unter Beachtung der Gleichheit zwischen Mann und Frau als verbindlicher Bestandteil jeder innerstaatlichen sowie zwischenstaatlichen Politik.

5. Förderung sämtlicher Formen fairen Handels durch Ablehnung der Freihandels-Regeln der WTO und die Einrichtung von Mechanismen, die schrittweise eine Angleichung der sozialen und umweltbezogenen Normen nach oben bei der Produktion von Gütern und der Erbringung von Dienstleistungen schaffen (wie in den Vereinbarungen der IAO vorgesehen). Bildung, Gesundheit, Sozialdienste und Kultur

müssen vollständig vom Gültigkeitsbereich des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der WTO ausgeklammert werden.

In dem Abkommen über die kulturelle Vielfalt, das derzeit in der UNESCO verhandelt wird, muss das Recht auf Kultur und auf eine öffentliche Politik zu Gunsten der Kultur ausdrücklich dem Handelsrecht übergeordnet werden.

6. Sicherstellung des Rechts jedes Landes oder Länderverbands auf Ernährungssicherheit und –souveränität durch die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft. Dies verlangt sowohl die vollständige Aufhebung von Subventionen für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, in erster Linie durch die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, als auch die Möglichkeit, die Einfuhren zu besteuern, um Dumping-Praktiken zu verhindern. Ebenfalls sollte jedes Land oder Länderverbund über das uneingeschränkte Recht verfügen, Herstellung und Einfuhr von zur Ernährung bestimmten, gentechnisch veränderten Organismen zu verbieten.

7. Verbot von jeder Form einer Patentierung des Wissens und des Lebens (sei es menschliches, tierisches oder pflanzliches Leben), sowie jeglicher Privatisierung der Gemeingüter der Menschheit, insbesondere des Trinkwassers.

II. Eine andere Welt ist möglich: Auf der Ebene der Menschheit das „Zusammenleben“ in Frieden und Gerechtigkeit fördern.

Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

8. In erster Linie Bekämpfung durch verschiedene politische Massnahmen von jeder Form von Diskriminierung, von Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, von Rassismus und Antisemitismus. Vollständige Anerkennung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte (einschließlich der Kontrolle über ihre natürlichen Bodenschätze) der Urvölker.

9. Ergreifung von Sofortmaßnahmen, um der Zerstörung der Umwelt und der Gefahr von gravierenden Klimaveränderungen, die durch den Treibhauseffekt bedingt sind und in erster Linie durch das Auswuchern des Verkehrs und die Verschwendung der nicht erneuerbaren Energien entstehen, Einhalt zu gebieten. Die Umsetzung der bestehenden Vereinbarungen, Abkommen und Verträge fordern, auch wenn sie unzureichend sind. Mit der Verwirklichung eines anderen Entwicklungsmodells beginnen, das weltweit auf einer energiesparenden Lebensweise und der demokra-

tischen Kontrolle über die natürlichen Bodenschätze, insbesondere dem Trinkwasser, gründet.

10. Die Auflösung der Militärstützpunkte derjenigen Länder fordern, die über solche außerhalb ihrer Grenzen verfügen, und den Rückzug sämtlicher ausländischer Truppen, außer auf ausdrücklichen Auftrag der UNO hin

III. Eine andere Welt ist möglich: Die Demokratie auf lokaler und globaler Ebene fördern.

Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

11. Sicherstellung des Rechts der BürgerInnen auf Information und auf die Weitergabe von Information durch die Gesetzgebung, welche
-der Konzentration der Medien in gigantischen Kommunikationskonzernen ein Ende setzen soll
-die Selbständigkeit der Journalisten gegenüber den Aktionären sicherstellen soll;
-und eine nicht gewinnorientierte Presse, insbesondere die alternativen und gemeinschaftlich organisierten Medien fördern soll.

Die Beachtung dieser Rechte setzt den Aufbau von Gegenmächten durch Bürger voraus, insbesondere in Form von nationalen und internationalen Medienbeobachtungsstellen.

12. Die internationalen Organisationen grundlegend reformieren und demokratisieren und dort im Sinne einer Weiterführung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte durchsetzen. Diese Prioritätensetzung verlangt die Einbeziehung der Weltbank, des IWF und der WTO in das Entscheidungssystem und die Entscheidungsmechanismen der Vereinten Nationen. Bei Weiterbestehen von Verletzungen der internationalen Gesetzgebung durch die Vereinigten Staaten wird der Sitz der Vereinten Nationen von New York weg in ein anderes Land verlegt werden müssen, vorzugsweise in den Süden.

Porto Alegre, den 29. Januar 2005

Tariq Ali (Pakistan), Samir Amin (Ägypten), Walden Bello (Philippinen), Frei Betto (Brasilien), Atilio Boron (Argentinien), Bernard Cassen (Frankreich), Eduardo Galeano (Uruguay), François Houtart (Belgien), Armand Mattelart (Belgien), Adolfo Pérez Esquivel (Argentinien), Riccardo Petrella (Italien), Ignacio Ramonet (Spanien), Samuel Ruiz Garcia (Mexiko), Emir Sader (Brasilien), José Saramago (Portugal), Roberto Savio (Italien), Boaventura de Sousa Santos (Portugal), Aminata Traoré (Mali), Immanuel Wallerstein (Vereinigte Staaten).

Übersetzung: cooditrad@attac.org, Angelika Gross, Michèle Mialane, sig-Redaktion

Aufruf der Sozialen Bewegungen zur Mobilisierung gegen Krieg, Neoliberalismus, Ausbeutung und Ausgrenzung – für die andere mögliche Welt

Am Ende der Sozialforen kommen für gewöhnlich all jene, die an gemeinsamen politischen Kampagnen interessiert sind, zu einer „Versammlung der sozialen Bewegungen“ zusammen, um eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden. Zuvor setzen sich Aktive aus den unterschiedlichsten Netzwerken und Arbeitsgebieten zusammen, um aus den Arbeitsergebnissen ihrer Veranstaltungen auf dem Forum einen gemeinsamen Entwurf zu erarbeiten. So auch in diesem Jahr auf dem Weltforum in Porto Alegre. Wir dokumentieren im folgenden die dort von der „Versammlung der sozialen Bewegungen“ am 31. Januar verabschiedete Erklärung.

Wir vertreten soziale Bewegungen, die sich im Rahmen des V. Weltsozialforums (WSF) getroffen haben. Die massive und plurale Beteiligung am Forum gibt uns die Möglichkeit und legt uns zugleich die Verantwortung auf, unsere Kampagnen und Mobilisierungen zu vergrößern und zu verbessern, um unsere Kämpfe zu verstärken und auszuweiten.

Vor vier Jahren zerstörte der kollektive Ausruf, daß **eine andere Welt möglich ist**, die Lüge, daß die Vorherrschaft des Neoliberalismus genauso unvermeidlich ist, wie die „Normalität“ des Krieges, der sozialen Ungleichheit, des Rassismus, der Kasten, des Patriarchats, des Imperialismus und der Umweltzerstörung. In dem Maße, wie die Völker sich diese Wahrheit zu Eigen machen, wird ihre Kraft unaufhaltsam, materialisiert sie sich in konkreten Forderungen, Vorschlägen und Taten des Widerstandes.

Das Neue an unserer Epoche ist die **Explosion und die Ausweitung der sozialen Bewegungen auf allen Kontinenten** und ihre Fähigkeit, in ihrer Vielfältigkeit neue Konvergenzen und gemeinsame Aktionen auf globalen Niveau zu organisieren. In diesem Rahmen gehen in allen Winkeln der Erde Dutzende von Millionen Männer und Frauen gegen den Krieg gegen den Irak und gegen die von Bush angeführte Invasion auf die Straße. Die Gipfel der G8, der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, auf denen einige wenige meinen, für alle entscheiden zu können, werden durch die Aktionen der sozialen Bewegungen in Frage gestellt und delegitimiert. Die Volkskämpfe für die Verteidigung der Umwelt, der Rechte der Völker und des Gemeineigentums und gegen seine Privatisierung, wie in Bolivien, Uruguay und anderen Ländern, zeigen, daß es möglich ist, die Vorherrschaft des Neoliberalismus in eine Krise zu stürzen. Sie eröffnen uns einen neuen Raum für politische und soziale Kämpfe.

Der Neoliberalismus ist unfähig, der Menschheit eine Zukunft in Würde und Demokratie anzubieten. Trotzdem ergreift er heute die Initiative und antwortet auf seine Legitimationskrise mit Gewalt, Militarisierung, Unterdrückung, Kriminalisierung der sozialen Kämpfe, politischem Autoritarismus und ideologischer Reaktion. Millionen Männer und Frauen leiden jeden Tag. Wir wollen an dieser Stelle an den Krieg im Kongo erinnern, der bereits vier Millionen Opfer gefordert hat. **Wegen all dem ist eine andere Welt nicht nur möglich, sondern auch dringend notwendig.**

Im Bewußtsein, daß unser Weg ein langer ist, rufen wir alle Bewegungen der Welt auf, für den Frieden, die sozialen und demokratischen Menschenrechte, das Recht der Völker selbst über ihr Schicksal zu bestimmen und die sofortige Streichung der Auslandsschulden der Länder des Südens zu kämpfen.

Aktionsplan

Wir rufen alle Organisationen und sozialen Bewegungen auf dem Weltsozialforum und jene, die nicht in Porto Alegre sein konnten, auf, gemeinsam an einer Kampagne für die **sofortige und bedingungslose Streichung der illegitimen Auslandsschulden** der Länder des Südens zu arbeiten, beginnend mit den vom Tsunami betroffenen und anderen Staaten, die in den letzten Monaten von schrecklichen Katastrophen und Krisen getroffen wurden.

Wir unterstützen die sozialen Bewegungen, die sich angesichts der historischen, sozialen und ökologischen Schulden zu **Gläubigern** erklären. Wir fordern die internationale Anerkennung dieser Schulden, um ihr weiteres Anwachsen aufzuhalten, die Wiederherstellung unserer Ökosysteme sowie die Entschädigung unserer Völker. Wir fordern das Ende aller Projekte und „Verträge der Integration“, die nur der Plünderung der Ressourcen der Länder des Südens dienen.

Wir unterstützen schließlich die Forderung der sozialen Bewegungen der Bauern und Fischer in den vom **Tsunami** betroffenen Gebieten, die verlangen, daß die Mittel für Soforthilfe und Wiederaufbau von den lokalen Gemeinschaften verwaltet werden, um neue Schulden, Kolonialisierung und Militarisierung zu vermeiden.

Nach zwei Jahren der Invasion im **Irak** ist die internationale Opposition gegen den Krieg größer denn je. Für die Bewegung gegen den Krieg ist es daher an der Zeit, ihre Aktionen zu verstärken und keinen Schritt zurück zu machen.

Wir fordern das Ende der Besetzung des Iraks. Wir fordern, daß die USA mit ihren Drohungen gegen den Iran, Venezuela und andere Länder aufhört. Wir verpflichten uns, mehr Kontakte zu den Anti-Besatzungskräften im Irak und im Nahen Osten aufzubauen. Wir verstärken unsere Kampagnen gegen die transnationalen Unternehmen, die in die Besetzung verwickelt sind. Wir helfen Soldaten, die sich weigern, am Krieg teilzunehmen, und wir verteidigen die Aktivisten, die wegen ihrer Gegnerschaft zum Krieg verfolgt werden.

Wir rufen die Bewegungen auf, für den 19. März zu mobilisieren, um einen großen internationalen Aktionstag abzuhalten und den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak zu fordern. Nie wieder Krieg!

Wir unterstützen alle Kampagnen für **Abrüstung und Demilitarisierung**, einschließlich der Kampagne gegen die US-Militärbasen in aller Welt, die Kampagnen für nukleare Abrüstung, für die Kontrolle des Waffenhandels und für die Kürzungen des Militärhaushaltes.

Unter dem Vorwand des „Freihandels“ schreitet der neoliberale Kapitalismus mit der Schwächung der Staaten fort, mit der **Deregulierung** der Ökonomien und mit der „Legalisierung“ der Privilegien der transnationalen Konzerne mittels der

Freihandelsabkommen. Nach dem Scheitern des Panamerikanischen Freihandelsabkommen ALCA aufgrund des öffentlichen Drucks wird nun versucht, die zentralamerikanischen Staaten sowie andere Länder zur Unterzeichnung bilateraler Freihandelsabkommen zu verpflichten, die die Völker zurückweisen. Gleichzeitig soll in Europa mit der EU-Bolkestein-Initiative (1) die komplette Privatisierung der öffentlichen Dienste durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang rufen wir alle auf, sich an den Mobilisierungen für die globale Aktionswoche gegen die WTO vom 10 bis zum 17. April, für den Gipfel der Völker der Amerikas (2) im November in Mar del Plata, Argentinien, und gegen das VI. Ministertreffen der WTO im Dezember in Hongkong zu beteiligen.

Wir unterstützen den **Weltmarsch der Frauen** (3) der eine neue Kampagne globaler feministischer Aktionen umsetzt, startend am 8. März in Sao Paolo und endend am 17. Oktober in Burkina Faso, mit dem dieses Netzwerk seine Verbundenheit mit dem Kampf gegen Neoliberalismus, Patriarchat, Ausgrenzung und Dominanz bestätigt. Wir rufen alle Bewegungen auf, in diesem Zeitraum feministische Aktionen gegen Freihandel, Militarisierung und den Handel mit Frauen sowie für die freie Selbstbestimmung über Nahrungsmittel (4, Nahrungsmittelsouveränität) zu organisieren.

Wir unterstützen die Anstrengungen der Bewegungen und Organisationen, die den Kampf **für die Würde, Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte** fördern, insbesondere für die Dalits (5), Menschen afrikanischer Abstammung, indigenen Völker, Romas, Burakumins (6) und die unterdrückten Teile der Gesellschaft.

Wir rufen auf zu einer Massenmobilisierung **gegen den G8-Gipfel vom 2. bis zum 8. Juli** in Schottland. Wir werden dort in Edinburgh und Gloneagles auf die Straße gehen und am Gegengipfel teilnehmen. Wir fordern, daß die Armut zur Geschichte wird, der Krieg gestoppt, die Schulden gestrichen und weltweit eine Abgabe auf finanzielle Transaktionen zur Finanzierung der Entwicklung eingeführt wird.

Wir protestieren gegen die **neoliberalen Politiken und die militärische Unterstützung der Europäischen Union gegen Lateinamerika**. Wir rufen auf zur Mobilisierung für die Solidarität zwischen den Völkern während der Gipfel der Lateinamerikanischen Präsidenten und der Europäischen Union **im Mai 2006 in Wien, Österreich**.

Wir kämpfen für das universelle Recht auf eine ausreichende und gesunde **Ernährung**. Wir kämpfen für das Recht der Völker, der Nationen und der Bauern ihre Nahrungsmittel selbst zu produzieren. Wir protestieren gegen die Exportsubventionen, die die Märkte der ländlichen Gemeinden zerstören. Das Dumping von Agrarüberschüssen muß aufhören.

Wir lehnen genetisch veränderte Nahrungsmittel ab, weil sie nicht nur unsere Gesundheit und Umwelt gefährden, sondern weil sie darüber hinaus ein Mittel zur Kontrolle der Märkte durch fünf transnationale Konzerne sind. Wir lehnen in diesem Zusammenhang Patente auf Lebensformen egal welcher Art ab, insbesondere solche auf Samen, mit denen sie (die transnationalen Konzerne) sich unsere Ressourcen und das mit ihnen verbundene Wissen aneignen.

Wir fordern eine **Agrarreform**, das heißt eine Politik, die den Zugriff der Bauern auf das Land und dadurch eine gesunde und ausreichende Ernährung garantiert und verhindert, daß das Land in den Händen von Großgrundbesitzern und transnationalen Konzernen konzentriert wird.

Wir fordern eine Ende der Aktionen gegen die Bauern in aller Welt, ihre sofortige Befreiung sowie die der politischen Gefangenen aus ihren Reihen und eine Ende der Militarisierung der ländlichen Gebiete.

Wir unterstützen die nachhaltige Produktion, die auf dem Erhalt der natürlichen Ressourcen, Boden, Wasser, Wald, Luft, biologische Vielfalt und so weiter basieren. Wir unterstützen die organische und ökologische Produktion.

In diesem Zusammenhang rufen wir am **Weltbauerntag**, dem **17. April**, und am Jahrestag von Lee (7), dem **10. September**, zu Aktionen **gegen die WTO** auf.

Wir unterstützen die Kampagnen und Kämpfe zur Verteidigung **des Gemeinguts Wasser** gegen Privatisierung und setzen uns dafür ein, daß der Zugriff auf Trinkwasser als Menschenrecht anerkannt wird. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Kampagne „Nein zu Suez in Lateinamerika“ (8) und laden dazu ein, sich am **internationalen Forum vom 18. bis zum 20. März** in Genf zu beteiligen.

Wir stellen fest, daß wir ein Bündnis zwischen den sozialen Bewegungen und Netzwerken für einen **„Weltweiten Klimavertrag: Eine solare Welt ist möglich“** brauchen. Die Energie ist Gemeingut, auf das jeder Anspruch hat. Der Kampf gegen die Armut und den Klimawandel fordern daher, daß die erneuerbare Energie zu den Prioritäten der Kampagnen und Initiativen der sozialen Bewegungen gehört. Wir unterstützen daher den **internationalen Klima-Marsch im November**.

„Die „soziale Verantwortung der transnationalen Konzerne“ hat nicht zu einem Ende der Mißbräuche und Verbrechen dieser Unternehmen geführt und muß daher ernsthaft in Frage gestellt werden. Die Bewegungen arbeiten gemeinsam daran, den transnationalen Konzerne die Macht zu nehmen und ihre Mißbräuche und Verbrechen zu beenden. Die lokalen Gemeinschaften müssen die Freiheit haben, sich, ihre Umwelt und die Gesellschaft gegen die Dominanz der transnationalen Konzerne zu schützen.

Wir unterstützen die Kampagnen gegen transnationale Konzerne, die soziale und gewerkschaftliche Menschenrechte verletzen, wie Nestlé und Coca-Cola in Kolumbien und Pepsi und Coca-Cola in Indien.

Wir unterstützen den Kampf des palästinensischen Volkes für seine fundamentalen und nationalen Rechte, einschließlich des Rechts auf Rückkehr (der Flüchtlinge, d. Übers.), wie es im Völkerrecht und den Resolutionen der UNO verankert ist.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft und die Regierungen auf, politische und ökonomische Sanktionen gegen Israel zu verhängen, einschließlich eines Waffenembargos. Wir rufen die sozialen Bewegungen auf, ebenfalls für den Abzug von Investitionen und einen Boykott zu mobilisieren. Diese Anstrengungen haben zum Ziel, Israel dazu zu bringen, die internationalen Resolutionen umzusetzen und die Meinung des Internationalen Gerichtshofes zu respektieren, indem es den Bau der illegalen Apartheidsmauer stoppt, sie abreißt und die Besetzung beendet.

Wir unterstützen die israelischen Friedensaktivisten und die Refusniks (9) in ihrem Kampf gegen die Besatzung.

Wir verurteilen die ungerechte Blockade Kubas und verlangen einen fairen Prozeß für die fünf in den USA inhaftierten Kubaner (10). Genauso fordern wir den sofortigen Abzug der ausländischen Truppe aus Haiti.

Wir anerkennen die Vielfalt der sexuellen Option als einen Ausdruck einer alternativen Welt und verurteilen ihre Kommerzialisierung. Die Bewegungen verpflichten sich, am Kampf gegen der Ausgrenzung aufgrund von Identität, Geschlecht oder Homophobie teilzunehmen. Wir vereinen unsere Stimmen gegen jede Form der Kommerzialisierung des Körpers, der Frauen sowie der Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen.

Wir unterstützen den Aufbau eines globalen Netzes der sozialen Bewegungen, die sich der Verteidigung der **Migranten, Flüchtlinge und Vertriebenen** widmen. Der Neoliberalismus und die Politik des „Krieges gegen den Terrorismus“ führen zu einer zunehmenden Kriminalisierung der Migranten, der Militarisierung der Grenzen, der Illegalisierung und der Verfügbarkeit billiger Arbeitskraft. Wir unterstützen daher die **Kampagne für die Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte der Migranten**, die keine einzige Regierung im Norden akzeptieren will. Wir unterstützen außerdem die Kampagne für die Einrichtung einer unabhängigen Instanz, die Regierungen bestraft, welche die Genfer Flüchtlingskonvention oder die Rechte der Migranten mißachten.

Wir unterstützen die Kampagnen und Kämpfe für die **Rechte der Kinder**, gegen wirtschaftliche und sexuelle Ausbeutung, gegen Menschenhandel mit Kindern und gegen Sextourismus.

Wir unterstützen den Aufruf der Ausgeschlossenen, der **„Menschen ohne Stimme“**, eine Kampagne der aktiven Solidarität zu entwickeln und einen globalen Marsch anzustoßen, auf dem die Bedrückten und Ausgeschlossenen des Planeten ihre Stimme erheben um sich das Recht auf ein Leben in Würde zu erobern.

Vom 14. bis zum 16. September werden in der Generalversammlung der UNO die Regierungschefs aus aller Welt über die **Reform der Vereinten Nationen** beschließen und ihre Entscheidungen für die Überwindung der Armut überprüfen. Gleichzeitig sind sie die Hauptverantwortlichen für den kritischen Zustand, in dem sich die Menschheit befindet. Wir unterstützen daher den Aufruf internationaler Netzwerke, **am 10. September weltweit für eine demokratische neue Weltordnung, gegen Armut und Krieg auf die Straße zu gehen**.

Wir unterstützen den Aufruf für eine **Mobilisierung am 17. November, den internationalen Tag der Studenten, um die öffentliche Bildung zu verteidigen**, gegen ihre Privatisierung und Übernahme durch transnationale Unternehmen (contra la transnacionalización).

In Solidarität mit **Venezuela** ruft die Jugend der Welt zur Teilnahme an den 14. Weltfestspielen der Jugend und der Studenten in Venezuela vom 7. bis zum 15. August auf.

Kommunikation ist ein grundlegendes Menschenrecht. Wir unterstützen daher den Aufruf zur Mobilisierung im Rahmen des **Weltgipfels der Gesellschaft für Kommunikation in Tunis vom 16. bis zum 18. November**. Wir unterstützen den Ruf nach einer starken internationalen Konvention über die Kulturelle Vielfalt und wir widersetzen uns der Kommerzialisierung von Information und Kommunikation durch die WTO.

Wir unterstützen **soziale Wirtschaftsformen** als einen konkreten Ausdruck einer gerechten, solidarischen, demokratischen und auf Gleichheit basierenden Entwicklung.

In Verteidigung der **öffentlichen Gesundheit** und gegen ihre Privatisierung rufen wir alle Völker der Welt zu einem permanenten Kampf auf. Wir rufen auf zu einer Mobilisierung im Rahmen der Generalversammlung zur Verteidigung der Gesundheit der Völker in Cuenca, Peru, im Jahre 2005 und zu einem Weltforum der Gesundheit im Rahmen des Weltsozialforums 2007 in Afrika.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der sozialen Bewegung im Kampf.

Globalisieren wir den Kampf, Globalisieren wir die Hoffnung!

Redaktionelle Fußnoten:

(1) Richtlinienentwurf der EU-Kommission für den Dienstleistungssektor, der derzeit in der Diskussion ist. Besonders umstritten ist die Regelung, die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen des Herkunftslandes des anbietenden Unternehmens gelten zu lassen.

(2) Treffen der Staats- und Regierungschefs aus Nord- und Südamerika, sowie Gegengipfel.

(3) Internationales Netzwerk von Frauenorganisationen. Die Idee wurde Mitte der 1990er nach einem erfolgreichen „Frauenmarsch gegen Armut“ in der kanadischen Provinz Quebec geboren. Heute beteiligen sich an den Kampagnen, die sich gegen Armut und alle Formen von Gewalt gegen Frauen richten, Organisationen in 140 Ländern. www.marchemondiale.org

(4) Diese Forderung richtet sich vor allem gegen die Zerstörung lokaler Märkte durch billige Importe zum Beispiel aus der EU, die ihre Agrarprodukte subventioniert, und gegen die zunehmende Kontrolle von Saatgut-Multis über den Anbau der Bauern.

(5) „Unberührbare“ oder Kastenlose in Südasiens. www.dalits.org

(6) Nachfahren einer Kaste von Ausgestoßenen in Japan, die noch heute diskriminiert werden. Betroffen sind etwa drei Millionen Menschen in zirka 6000 Dörfern. <http://blhri.org>

(7) Lee Kyong-hae war einer der Anführer der südkoreanischen Bauernorganisation. Am 10. September 2003 nahm er sich im mexikanischen Cancún im Rahmen einer Demonstration gegen die Ministertagung der WTO Selbstmord aus Protest gegen die Zerstörung bäuerlicher Existenzen durch den Abbau von Schutzzöllen und staatlichen Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der WTO-Verträge das Leben.

<http://www.attac.de/cancun/bericht-thomas-1109>

(8) Französischer Wasser-Multi, der in Lateinamerika einer der wichtigsten Profiteure der Privatisierungspolitik ist. Gemeint ist das 2. Alternative Weltwasserforum.

http://www.fame2005.org/rubrique.php3?id_rubrique=22

(9) Israelische Soldaten, die den Einsatz in den besetzten Gebieten verweigern.

(10) Gemeint sind die Miami Five, die terroristische Organisationen von Exilkubanern ausgeforscht und geplante Anschläge aufgedeckt haben und deswegen in den USA mit hohen Haftstrafen bedroht werden.

(Übersetzung aus dem Spanischen, sowie Fußnoten: Wolfgang Pomrehn)

Aktionsaufruf der Anti-Kriegsversammlung Weltsozialforum 2005, Porto Alegre, Brasilien

Am Tag der Wahlen im Irak sind Antikriegsbewegungen, Bündnisse und Organisationen aus der ganzen Welt in einer Anti-Kriegsversammlung zusammengelassen und haben zu massiven Mobilisierungen für den 19. und 20. März aufgerufen. VertreterInnen aus über 33 Ländern, einschließlich Irak und Palästina, diskutierten auch Strategien und Aktionen über den 20. März hinaus. Dies ist der Bericht über die auf der Versammlung gemachten Vorschläge. Wer sich in diesen verschiedenen Kampagnen engagieren will, mailt bitte an info-assembly@riseup.net.

Zwei Jahre nach der Invasion des Irak gibt es mehr Opposition gegen den Krieg in den USA, in den mit ihnen verbündeten Ländern und in der ganzen Welt als je zuvor. Die Rechtfertigungen für den Krieg wurden alle als Lügen entlarvt. Ein weit verbreiteter und aus dem Volk entstehender Widerstand ist gegen die Besatzungsmächte aufgekommen. Über 100.000 Irakis und mehr als 1.500 Soldaten der Besatzungsmächte sind getötet worden. Angesichts der globalen Verurteilung dieses Krieges und der Unfähigkeit der Vereinigten Staaten, den Widerstand im Irak zu unterdrücken, stehen wir an einem kritischen Scheidepunkt, an dem es eine reale Möglichkeit gibt, den Krieg zu stoppen.

Nun ist es Zeit für die Antikriegsbewegung, aktiv zu werden, statt sich zurückzuziehen. Es ist Zeit, die Proteste auf eine neue Stufe zu heben. Eine Niederlage für die von den USA angeführten Kräfte im Irak wird ein Sieg für alle sein, die sich weltweit US-Aggressionen ausgesetzt sehen.

Wir fordern ein Ende der Besatzungen des Iraks und Palästinas.

Wir fordern, dass die USA davon absehen, den Iran, Nordkorea, Syrien, Kuba, Venezuela und andere Länder anzugreifen. Wir müssen auf die Gefahren eines globalen Krieges aufmerksam machen, insbesondere in Lateinamerika, wo die USA damit drohen, in vielen Ländern zu intervenieren. Wir rufen zu einem globalen Aktionstag gegen den Krieg am 19. und 20. März auf und verlangen, dass die Truppen den Irak jetzt verlassen und keine Kriege mehr führen. Wir rufen auf zu einer rollenden Welle massiver Demonstrationen, massiven Ungehorsams und anderer Formen des Protests auf der ganzen Welt.

IRAK

Wir fordern einen sofortigen Rückzug der Besatzungstruppen und unterstützen alle Anstrengungen, sie nach Hause zu bringen. Wir unterstützen Bemühungen, die Soldaten, Kriegsdienstverweigerer und Familien von Militärs gegen den Krieg zu mobilisieren. Wir unterstützen die Kampagne gegen Rekrutierungen und verlangen politisches Asyl für Deserteure.

Wir unterstützen das Recht des irakischen Volkes, der Widerstand gegen die Besatzung zu leisten, während wir das Töten unschuldiger Zivilisten verurteilen. Wir unterstützen die Anstrengungen, die ganze Bandbreite des zivilen, politischen und bewaffneten Widerstands im Irak zu verstehen, um so unsere Kampagne weiter zu stärken. Wir verpflichten uns, unsere Solidaritätsbeziehungen mit den Völkern des Nahen Ostens zu vertiefen.

Wir fordern die Schließung amerikanischer Militärbasen auf der ganzen Welt und unterstützen Anstrengungen zur Abschaffung von Nuklearwaffen, der Ächtung des Waffenhandels und andere Schritte zur Demilitarisierung.

Wir unterstützen Anstrengungen, die wirtschaftliche Besatzung des Iraks durch große Firmen und internationale Finanzinstitutionen zu stoppen. Und wir werden unsere Kampagne gegen diese Kriegsprofiteure durch Boykotte und direkte Aktionen auf eine neue Stufe heben.

Wir rufen zu Protesten gegen Bush und seine Alliierten auf, wo immer sie sich zeigen mögen.

PALÄSTINA

Wir unterstützen den Kampf des palästinensischen Volkes für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, einen souveränen unabhängigen Staat mit Jerusalem als seiner Hauptstadt und die Durchsetzung des Rechts auf Rückkehr in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 194.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft und die Regierungen auf, politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel zu verhängen, einschließlich eines Waffenembargos. Wir rufen die sozialen Bewegungen auf, auch für einen Abzug von Investitionen sowie für Boykotte zu mobilisieren. Diese Anstrengungen sollen dazu dienen, Israel zu zwingen, internationale Beschlüsse umzusetzen und das beratende Gutachten des Internationalen Gerichtshofs anzunehmen, die illegale Mauer abzureißen und jegliche Besatzungs- und Apartheidpolitik zu stoppen.

Wir unterstützen die Israelischen anticolonialistischen, antizionistischen AktivistInnen, die diesen Kampf teilen.

Wir bestätigen den Aufruf für einen globalen Aktionstag am 19.-20. März und eine Welle von Protesten, um die Kriege zu stoppen und die Besatzungen zu beenden.

** Pläne für Demonstrationen am 19.-20. März bitte an website@march19th.org oder office@march19th.org schicken; für mehr Informationen zu Kampagnen schreibt an info-assembly@riseup.net.*

** Vorläufige Liste der Staaten, in denen am 19. oder 20. März demonstriert wird: Irak, Palästina, Argentinien, Brasilien, Indien, die USA (400 Städte), Italien, Griechenland, Irland, Japan, Großbritannien, die Türkei, Mazedonien, Zypern, Philippinen, Australien, Thailand, Südafrika, Südkorea, Sri Lanka, Ungarn, Polen, Kanada, Österreich, Mexiko, Spanien (Barcelona, Madrid), Hawaii, Venezuela, Neuseeland, die Niederlande*

AUSFÜHRLICHER AKTIONSPLAN

Vorschläge für den 19. und 20. März:

- Gemeinsame Parole: Truppen raus aus dem Irak jetzt! Nie wieder Krieg! Jedes Land ist natürlich frei, seine eigenen Losungen zu verwenden
- Große Demonstrationen oder andere Protestformen in euren Ländern organisieren
- Alle Länder, in denen am 19.-20. März demonstriert wird, auf eine gemeinsame Website setzen: www.march19th.org

Vorschläge für den Aufbau von Beziehungen mit dem Nahen Osten und die Stärkung des Widerstands

- Eine Konferenz am runden Tisch außerhalb des Iraks organisieren und all die verschiedenen Gruppen und Anti-Besatzungskräfte im Irak einladen, um sich mit der globalen Anti-Kriegsbewegung zu verständigen.
- Bestehende Kampagnen unterstützen, die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften im Irak und anderen Ländern aufbauen.
- Team in den Irak senden, um mit den Irakern zusammenzuarbeiten, ein Multimediaprojekt („Voices of Resistance“) zu produzieren, das alle verschiedenen Formen des Widerstands zeigt und zur Mobilisierung dienen kann, die US-Besatzung abzuschütteln.
- Alle Gelegenheiten nutzen, uns mit dem Nahen und Mittleren Osten in Verbindung zu setzen, einschließlich der Kairoer Konferenz vom 24. bis 27. März, des Mittelmeer Sozialforums im Juni, des Weltribunals im Irak in 2005 und des Weltfriedensforums in Vancouver, Kanada vom 21. bis 27. Juni 2006.
- Alle Gruppen ermutigen, Kontakte und Informationen miteinander zu teilen, um unnötige Reproduzierung von Anstrengungen zu vermeiden.

Vorschläge, um anderen US-Interventionsdrohungen entgegenzuwirken

- Da George Bush das Symbol des globalen Kriegs ist, sollte es Proteste geben, wo immer er auch hinkommt: (1) am 2. bis 6. Juli in Edinburgh, Schottland, gegen Bush und die G8. (2) November: Mar del Plata, Protest gegen Bush und den Amerikanischen Gipfel der Präsidenten.
- Verbindung unserer Anti-Kriegskampagne mit Kampagnen gegen Angriffe oder Interventionsdrohungen gegen den Iran, Nordkorea, Syrien, Kuba, Venezuela und andere Länder.

Vorschläge gegen Kriegsprofiteure und internationale Finanzorganisationen:

- Verstärkung der Proteste gegen die zwei größten Kriegsprofiteure: Haliburton und Bechtel.
- Ermutigung der Menschen, keine Produkte mehr von US- oder britischen Multis zu kaufen und ihnen stattdessen zu raten, von lokalen Firmen zu kaufen.
- Sozial verantwortliche Unternehmen ermutigen, sich gegen den Krieg zu positionieren.
- Protest gegen die Welthandelsorganisation (WTO), insbesondere aus Anlass der 6. Ministerkonferenz vom 13. bis 18. Dezember in Hongkong.

- Lancierung einer Kampagne, um zu verhindern, dass der Irak WTO-Mitglied wird.
- Verteilung von Materialien über die Kriegsprofiteure auf Arabisch.

Vorschläge für Palästina:

- Entsendung ziviler Missionen nach Palästina.
- Start einer Sanktionskampagne, für Boykott und den Abzug von Investitionen.
- Start einer Kampagne für ein Waffenembargo und die Aussetzung wirtschaftlicher Abkommen mit Israel.

Vorschläge für Kriegsdienstverweigerer:

- Organisation einer Versammlung der Anti-Kriegsbewegungen der Länder, die die Koalitionstruppen im Irak unterstützen, um die Strategien zu koordinieren;
- Stärkung von Anstrengungen, junge Leute zu ermutigen, keinen Militärdienst abzuleisten;
- Unterstützung für Soldaten, die sich weigern, im Irak zu kämpfen:
 - (1) Länder wie Kanada und einzelne Städte ermutigen, ihnen Asyl zu geben;
 - (2) Organisation von Sprechertouren verweigernder Soldaten;
 - (3) Geschichten über Kriegsdienstverweigerer aus verschiedenen Ländern sammeln und verbreiten.

Vorschläge gegen Militärbasen und Verbreitung von Nuklearwaffen

- Unterstützung und Engagement im Prozess des Aufbaus einer internationalen Bewegung, die die Schließung aller ausländischen Militärstützpunkte auf der ganzen Welt fordert;
- Solidarität mit dem Kampf der Bewohner von Okinawa gegen den Bau der US-Basen in Henoko;
- Unterstützung der globalen Aktionen am 1. Mai, um die Abschaffung der Nuklearwaffen zu fordern;
- Aus Anlass der 60. Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, Aufruf zu globalen Aktionen vom 6. bis zum 9. August unter der Losung: „Kein neues Hiroshima! Kein neues Nagasaki!“

Übersetzung aus dem Englischen: Carla Krüger, Helga Heidrich, Junge Welt

Eine konkrete Aktion im Juli 2005:

Eine (Auto)Karawane, die von Europa nach Palästina zieht, um durch Öffentlichkeitsarbeit die dortige Bevölkerung, die unter der israelischen Besatzung leidet, zu unterstützen

<http://caravane.palestine.free.fr>

IGNACIO RAMONET

Zielscheibe Teheran

„Zwei Verbündete der USA in der Region haben ihn (den Atomwaffensperrvertrag) nie unterzeichnet und haben sich mit Atomwaffen ausgestattet: Pakistan und Israel. Diesen Ländern hat Washington keinerlei Sanktionen auferlegt.“ Dieser Hinweis von Ramonet und weitere Aussagen in seinem Editorial von Februar 2005 sind in der deutschen Übersetzung der TAZ-Le Monde Diplomatique gestrichen worden. Wir veröffentlichen hier die Übersetzung des gesamten Editorials. M.D.Vernhes, Sig-Redaktion:

Im Verkehrschaos von Teheran ist von Angst vor einer möglichen Militärintervention durch die USA nichts zu spüren; die USA freilich stehen vor den Toren des Iran - im Irak und in Afghanistan.. Keinerlei Hektik auch auf den Flughäfen, wo die Sicherheitsmaßnahmen im Vergleich zu denen in Europa oder in den USA lächerlich lax wirken. Selbst die örtlichen Medien halten sich zurück und widmen ihre Titelseiten anderen Themen: der Reise von Staatspräsident Chatami nach Afrika, dem Prozess gegen Charles Graner, den "Folterer von Abu Ghraib", oder den Wahlen im Irak.

Doch hinter der scheinbaren Gelassenheit macht sich Unruhe breit. Nur einen Tag nach der Veröffentlichung im *New Yorker* druckte die iranische Presse den vollständigen Beitrag von Seymour Hersh über "The Coming Wars" (1) nach. Der "Krieg gegen den Terror", so Hersh, werde nach dem Irakkrieg mit einem Angriff auf den Iran seine Fortsetzung finden. Auf den Rat von „Zivilisten im Pentagon“ hin (Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz und Douglas J. Feith) habe George W. Bush geheime Missionen innerhalb des Iran genehmigt. Mit Hilfe von Erkenntnissen aus Israel und Pakistan würden Kommandos seit Juli 2004 versuchen, Informationen über mehr als drei Dutzend Ziele zu erhalten, die das nukleare, das chemische und das ballistische Programm Irans betreffen. Diese Ziele könnten bald durch Präzisionsangriffe von Spezialkräften getroffen werden. Das Pentagon hat nicht dementiert. Auf die Frage des Senders NBC, ob er eine militärische Operation gegen den Iran ausschliesse, antwortete Bush mit der Drohung: „Ich hoffe, dass wir das auf diplomatischem Wege werden lösen können, aber ich schließe keine Option aus.“

Iranische Regierungsbeamte und Oppositionelle zeigen sich gelassen. Professor Mahmud Kashani, der zur gemäßigten Opposition gehört und Kandidat zum Amt des Republikpräsidenten war, weist darauf hin, dass "Washington schon seit 25 Jahren den Iran im Visier hat und schon seit 1995 ein Handelsembargo gegen den Iran verhängt hat, das durch das D'Amato-Gesetz (2) verschärft wurde. Seit Bush an der Macht ist, gehören wir zur ‚Achse des Bösen‘, und die neue Außenministerin Rice hat den Iran vor kurzem als ‚Vorposten der Tyrannei‘ in der Welt bezeichnet. Wir sind ihre Anfeindungen gewohnt. Das Thema Atomwaffen ist nur ein weiterer Vorwand."

Entschiedener trat der iranische Verteidigungsminister Ali Schamchani am 18. Januar in der *Teheran Times* den Drohungen aus Washington entgegen: "Unsere Schlagkraft ist so groß, dass kein Land ein Interesse haben kann, uns anzugreifen. Keiner unserer Gegner besitzt genaue Informationen über unsere militärischen Kapazitäten und unsere Fähigkeit zu Überraschungsschlägen. Wir haben in kurzer Zeit Militärgerät produziert, das uns die denkbar größte Abschreckungsmacht verschafft."(3)

Der Iran hat immer behauptet, sein Nuklearprogramm verfolge zivile Zwecke und würde den Atomwaffensperrvertrag, den Teheran unterzeichnet hat (4), einhalten. Im November 2004 verpflichtete sich die iranische Regierung nach Verhandlungen mit Großbritannien, Deutschland und Frankreich, alle

Aktivitäten auf dem Gebiet der Urananreicherung einzustellen. Die drei Mächte unternahmen diesmal einen gemeinsamen diplomatischen Vorstoß mit dem Ziel, Teheran zum endgültigen Verzicht auf alle militärischen Ambitionen mit der Atomenergie zu bewegen und eine Eskalation zu vermeiden wie die, die im März 2003 zur Invasion des Irak führte.(5)

Israel jedoch ist der Ansicht, dass das iranische Atomprogramm in Kürze den kritischen Punkt erreicht haben wird, von dem aus es kein Zurück mehr gibt. "Wenn nichts geschieht, wird der Iran in spätestens sechs Monaten angereichertes Uran und damit bis spätestens 2008 seine erste Atombombe herstellen können", behauptete der Chef des israelischen Militärgeschichtsdienstes, General Aharon Seevi, am 12. Januar. Der Iran besitze mit der Shihab-3 bereits eine Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 1300 km, die "das Herz Israels" erreichen könne.

Der Zeitpunkt für Drohungen scheint denkbar schlecht gewählt: Im Juni dieses Jahres stehen im Iran die Präsidentschaftswahlen an, bei denen der Reformler Mohammed Chatami nicht mehr kandidieren kann. Etliche Oppositionelle sind der Ansicht, die Drohgebärden könnten dem erschöpften islamischen Regime eine weitere Atempause verschaffen. "Der Machtmissbrauch des radikalen Islam", meint ein laizistischer Journalist, "hat die Gegenwehr des Volkes herausgefordert. Vor allem die Frauen fordern mehr Demokratie. Die meisten Iraner verfolgten die US-Interventionen gegen das Afghanistan der Taliban und gegen den Irak Saddam Husseins mit Sympathie, weil sie uns zwei Regime vom Hals geschafft haben, die uns zutiefst feindlich gesinnt waren. Die jüngsten Drohungen ~~aus~~ hingegen stärken die konservativsten Strömungen und fördern die Wahlchancen der reformfeindlichsten Kandidaten. Für die iranischen Demokraten ist das eine Katastrophe

(1) Iran News, Teheran, 18. Januar 2005.

(2) Dieses am 5. August 1996 verabschiedete D'Amato-Gesetz legt fest, dass ein Unternehmen – US-Amerikanisch oder nicht –, das mehr als 40 Millionen in Iran investieren würde, mit Sanktionen zu rechnen hätte.

(3) Tehran Times, Teheran, 18. Januar 2005.

(4) Zwei Verbündete der USA in der Region haben ihn nie unterzeichnet und haben sich mit Atomwaffen ausgestattet: Pakistan und Israel. Diesen Ländern hat Washington keinerlei Sanktionen auferlegt.

(5) Siehe Walid Charara, «Nach Bagdad, Téhéran ? », Le Monde diplomatique, Januar 2005.

Vollständige Übersetzung des Editorials von Le Monde Diplomatique, Februar 2005

<http://www.monde-diplomatique.fr/2005/02/RAMONET/11885>

S. u.a. Artikel in der *Junge-Welt*:
Jahrhundertdeal mit Iran

Bei der Sicherung seiner Energieversorgung kommt Peking Washington zunehmend in die Quere, insbesondere in Südamerika, Afrika und im Mittleren Osten

<http://www.jungewelt.de/2005/01-29/004.php>

Pia Lichtblau

Attac global – wo stehen wir nach 5 Jahren?

Im Rahmen des fünften Weltsozialforums, das zur Zeit in Porto Alegre im Süden Brasiliens stattfindet, trafen sich VertreterInnen von attac-Netzwerken aller Kontinente. Diskutiert wurden die spezifischen Eigenschaften der verschiedenen Netzwerke, die bereits erreichte Erfolge, sowie Herausforderungen für die Zukunft.

Yoko Akimoto von attac Japan berichtete, dass die Gründung von attac Japan die Herausbildung und Stärkung der globalisierungskritischen Bewegung in Asien während der vergangenen fünf Jahre entscheidend vorangetrieben hat. Als Kritik brachte sie vor, dass die Kooperation des Netzwerks auf globaler Ebene noch zu wenig ausgebildet sei. Es sei daher eine besondere Herausforderung der nächsten Zukunft, die globale Zusammenarbeit zu strukturieren und zu stärken, indem zum Beispiel Materialien untereinander ausgetauscht und gemeinsam verwendet werden.

Laut **Carla Ferreira von Attac Porto Alegre** besteht die Besonderheit ihrer Gruppe darin, dass die Gründung in engem Zusammenhang mit der Abhaltung des ersten Weltsozialforums in Porto Alegre zu sehen ist. Vorangegangen ist der Gründung eine generelle Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung, der Gewerkschaften sowie der bestehenden NGOs. Als wichtige Ziele sieht Carla Ferreira den Abbau von Hierarchien, zum Beispiel zwischen Frauen und Männern, verschiedenen ethnischen Gruppen etc. sowohl auf lokaler und regionaler als auch auf globaler Ebene. Auch ihrer Meinung nach ist eine Umsetzung dieser Forderung nur durch intensive globale Zusammenarbeit aller attacs möglich. Sie fordert daher, dass die weltweit existierenden attac-Netzwerke in ihrer Vielfalt zusammenarbeiten und offensiver als bisher gegen die momentane Form des neoliberalen Kapitalismus vorgehen sollten.

Jacques Nikonoff von attac Frankreich hob hervor, dass die Besonderheit aller attac-Netzwerke die thematische Breite des Zugangs sei. Seine Antwort auf die Frage nach dem ersten Erfolg von attac ist: „Es gibt uns noch immer.“ Darüber hinaus ist es attac gelungen, die Problematik des Neoliberalismus in die öffentliche Diskussion zu bringen und neoliberale Ideologien in die Defensive zu drängen. Auch wenn noch keine konkreten realpolitischen Erfolge zu vermelden sind, wurde somit doch ein Bewusstsein in weiten Teilen der Bevölkerung geschaffen. Als Ziele der näheren Zukunft sieht er wie schon seine VorrednerInnen den gemeinsamen Kampf gegen die momentane

Form der neoliberalen Globalisierung, seiner Meinung nach ist besonders die Kombination von Bildungsarbeit in Form von „ökonomischer Alphabetisierung“ mit sichtbarem Aktionismus wichtig und auszubauen. Weiter ist es seiner Meinung nach für die globale Kooperation unerlässlich, gemeinsam über neue Organisationsformen nachzudenken. Nur mit Hilfe effizienter Organisationsstrukturen ist eine bessere Koordination der Aktivitäten möglich.

Bezüglich der Themen hält Jacques Nikonoff die Entwicklung von Alternativen für besonders wichtig, weiter unterstreicht er die Bedeutung, die der Ausweitung der Bewegung auf noch größere Teile der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, zukommt.

Robert Jesmin von attac Quebec berichtete, dass attac Quebec im Kontext eines Netzwerkes verschiedener Organisationen zu sehen ist. Besonders enge Zusammenarbeit besteht mit dem Tobin Tax Network sowie mit dem Halifax Network. Als wichtigste Aufgabe sieht auch er die Aufklärung der Bevölkerung über die Probleme des Neoliberalismus. Inspiriert von der Alphabetisierungskampagne, mit deren Hilfe Kuba in den frühen 60er Jahren den Analphabetismus so gut wie vollständig ausrotten konnte, hat attac Quebec gemeinsam mit anderen Organisationen eine Information Box kreiert, die Robert Jesmin den versammelten attac-AktivistInnen präsentierte. Die Box enthält sieben kleine Broschüren, von denen sich jede mit einem spezifischen Themenbereich beschäftigt, der durch den Neoliberalismus besonders beeinträchtigt wird: Neoliberalismus und Gesundheit, Neoliberalismus und Bildung etc. Begleitet wird das Information Kit durch ein Video zum Thema Neoliberalismus, das die Neugier aufs Weiterlesen wecken soll. Das Information Kit wurde von den Anwesenden mit begeistertem Applaus bedacht.

Victor Frente von attac Chile berichtete, dass attac maßgeblich bei der Organisation des Chile Social Forum beteiligt und dabei eine wichtige Rolle als Katalysator zwischen ganz verschiedenen Organisationen eingenommen hat. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen den 240 Organisationen, die schließlich am Forum teilgenommen haben wurde die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg – 10.000 TeilnehmerInnen konnten am Forum gezählt werden, eingeleitet wurde das Chile Social Forum durch eine Demonstration von 6.000 Personen – der größten seit dem Bestehen der Demokratie in Chile.
<http://www.attac.at/1248.html>

EU global - fatal?! Europa-Konferenz, 4. und 5. März 2005, Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20

Während vor den EU-BürgerInnen das Theater eines demokratischen, sozialen und friedliebenden Europas aufgeführt wird, marschiert die EU mit Riesenschritten in ein neues weltpolitisches Selbstverständnis. Parallel geschaltete Vorhaben wie der „Verfassungs“vertrag mit der Verpflichtung zur permanenten Aufrüstung, die Lissabon-Strategie, mit der die EU bis 2010 zur „wirtschaftlichen Führungsmacht“ aufsteigen will, sowie die Ausweitung von Territorium und Einflussphäre der EU sind Elemente dieses Selbstverständnisses. Über die meisten EU-Strategien und Richtlinien wird die Öffentlichkeit kaum aufgeklärt, weshalb

Gewerkschaften und Zivilgesellschaft oftmals verspätet und ratlos darauf reagieren. Mit dieser Europa-Konferenz wollen wir deshalb: Information zum Vertrag über eine „Verfassung“ für Europa zur Lissabon-Strategie und zur Dienstleistungsrichtlinie liefern Politisch-ökonomische Hintergründe, Ziele und verborgene Agenda der europäischen Integration ausleuchten Die Diskussion von Gegenstrategien ermöglichen Konzepte für ein Europa in einer menschen-gerechten Welt entwerfen

Offene Räume für Austausch, Kreativität und Vielfalt bieten

Veranstalter: Attac, Kairos Europa, ver.di Bezirk Stuttgart, dfg-vk BaWü, Gesellschaft Kultur des Friedens, Forum 3 Stuttgart u.a.
Mitwirkende u.a.: Matyas Benyik, S. Best, Prof. U. Duchrow, A. Groth, Prof. S. Jäger, B. Lechthaler, St. Lindner, O. Moldenhauer, Prof. N. Paech, A. Riekenberg, St. Ruczka, Th. Rupp, W. Sauerborn, E. Schenk, Prof. H. Schui, F. Schmidt-Hullmann, Dr. C. Strawe, A. Strickner, K. Tscherning, A. Wehr, E. Wesseliuss, Dr. C. Zeller
<http://www.attac.de/aktuell/eu-konferenz05.php>

Yash Tandon

Afrika und die drei Wellen der Globalisierung

Vortrag auf der Parallelveranstaltung zur Davos-Konferenz, Bern, dem 22. Januar 2005

Zuerst möchte ich den Organisatoren dieser Parallelveranstaltung zur Konferenz von Davos aller Völker der Erde danken, auch für die Ehre, Hauptredner sein zu dürfen. Seit sich der Club der Reichen hier in Davos trifft, haben wir sie herausgefordert, aber genau genommen haben wir mit dem ersten weltweiten Sozialforum in Porto Alegre (Brasilien) im Jahr 2001 begonnen, sie anzufechten. Während wir uns hier treffen, kommen unsere Kameraden und Freunde erneut in Porto Alegre, zur fünften Konferenz zusammen. Wir hier in Bern übermitteln ihnen unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

Weiterhin möchte ich den Organisatoren für ihre Reife und Umsicht beim Umgang mit der Situation hier in Bern danken. Es ist mir zu Ohren gekommen, dass die Behörden friedliche Demonstrationen gegen Davos und gegen die Globalisierung nicht gestattet haben. Das spricht nicht für die demokratischen Grundsätze dieses Landes. Aber ich bin erfreut, dass ihr euch entschieden habt, dennoch fortzufahren, indem ihr euch in kleine Gruppen aufgeteilt habt, anstatt eine große Demo abzuhalten. Und ich bin beeindruckt, dass ihr nicht zur Gewalt gegriffen habt, obwohl es die Behörden für angemessen hielten (so habe ich es gehört), einige von euch festzunehmen. Genau so sollte es sein. Gewalt dient unserem Anliegen nicht, sie mag einige Journalisten anlocken, aber sie lenkt die Aufmerksamkeit von den wirklichen Problemen, die wir angehen und diskutieren wollen, ab.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass ich hier als Privatperson spreche. Im Vorfeld hatte ein Teil der Schweizer Medien berichtet, ich käme als der Geschäftsführer des Südzentrums (**South Centre**). Tatsächlich aber ist das gar nicht wahr. Momentan bin ich der designierte Geschäftsführer des Südzentrums und werde mein Amt erst Mitte Februar antreten. Folglich spreche ich hier als eine Privatperson und man kann mich bestenfalls als den scheidenden Direktor von **SEATINI** (Southern and Eastern African Trade, Information and Negotiations Institute) bezeichnen. Das ist das Süd/Ostafrikanische Institut für Handel, Information und Verhandlungen, das in Johannesburg, Harare, Kampala, Nairobi und auch in Genf seine Sitze hat.

SEATINI baut seit sieben Jahren Afrikas Kapazitäten für Verhandlungen im globalen Handel aus und entwickelt alternative Perspektiven zum dominierenden liberalen Freihandel. SEATINI hat an jeder Ministerkonferenz der Welt-Handels-Organisation (WTO) teilgenommen seit der ersten in Singapur im Jahre 1996 bis zur letzten in Cancun 2003. Die Organisationen des Mainstreams, wie z.B. die WTO haben den afrikanischen Ländern immer gepredigt, dass es in ihrem Interesse sei, sich weiter in die Weltwirtschaft zu integrieren und ihre wirtschaftlichen, politischen sowie legislativen Institutionen an die Forderungen der WTO anzupassen. In Opposition zu dieser Position haben wir von SEATINI argumentiert, dass die **weitere Integration ins globale System die Verarmung und Ausgrenzung Afrikas nur verschlimmern würde** und dass die afrikanischen

Regierungen auf die Stimmen der Menschen hören müssen und innerhalb der WTO hart verhandeln müssen, um die **Interessen Afrikas zu schützen**. Wenn das bedeutet, zu einigen Forderungen der WTO und der großen Handelsnationen **NEIN** zu sagen, dann muss Afrika mutig genug sein, auch **NEIN!** zu sagen.

Wir vertreten eine ähnliche Position zu den Verhandlungen mit der Europäischen Union. Die so genannten **EPAs** – oder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – sind primär darauf ausgerichtet, den Interessen der EU zu dienen, nicht denen der Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik (ACP). Die EPA-Verhandlungen waren auf dem geraden Weg zur Zementierung der Interessen der Europäischen Kommission und der Konzerne, die von der EU-Kommission vertreten werden. Aber wir in Afrika hatten nicht einmal die Zeit, um die EPAs und ihre Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu überdenken. Und somit haben wir uns von SEATINI mit Menschen aus allen Völkern der Erde auch aus Europa zusammengeschlossen, um ein Moratorium der EPA-Verhandlungen zu fordern, zumindest solange, bis die ACP-Länder die Folgen untersucht haben und wissen, wie ihre Optionen aussehen.

Freunde, von dort kommen wir her. Wir sind entstanden aus siebenjährigem ununterbrochenen Streit mit der WTO und der EU, die **Afrika** auf undemokratische Weise ein **Handelssystem aufzwingen** wollen, das ungerecht und unfair ist. Sie geben Afrika weder Zeit noch Platz, um selbstständig zu denken und über sein eigenes Schicksal zu bestimmen. Also appelliere ich an diese Versammlung von Freunden, unsere Kampagne zu unterstützen, um im Namen von Demokratie und Fairplay die EPA-Verhandlungen zwischen EU und ACP-Ländern zu unterbrechen.

Darüber hinaus möchte ich **vier weitere gravierende Probleme allgemeiner Art** erwähnen.

Erstens muss man feststellen, dass die **Globalisierung kein unumgänglicher Prozess** ist, wie das ihre Verteidiger darstellen. Globalisierung ist die STRATEGIE der reichen und mächtigen Länder der Welt, allen voran die USA, um ihre Unternehmen vor sinkenden Profiten zu bewahren.

Zweitens ist aus Sicht der Länder der dritten Welt die Globalisierung wie ein Tsunami, wie eine Naturgewalt. Die Macht, die hinter der Globalisierung steht, liegt im Herzen des kapitalistischen Systems, aber die Flutwellen, die sie auslöst, **überrollen die Länder des Südens**, wo sie ein Chaos auslösen, besonders für die armen und verwundbaren Schichten der Gesellschaft.

Drittens ist eine **Dreistufenanalyse** der gegenwärtigen globalen Realität zu entwickeln: Die Menschen sowie die

Regierungen der südlichen Länder begehen ernsthafte strategische Fehler, wenn sie die drei Stufen und ihre Wechselwirkung nicht klar erkennen. Gemeint sind der **Imperiale Faktor**, der **Politische Faktor** und der **Soziale Faktor**. Auf diese werde ich später näher eingehen.

Viertens ist festzustellen, dass es Alternativen zur Globalisierung gibt, dass es das globale Sozialforum gibt und dass seine kontinentalen und nationalen Auftritte die Stimmen der Völker sind, deren Schlachtruf lautet: „Eine andere Welt ist möglich.“ Ich möchte ein konkretes Beispiel nennen. Die Gewerkschaftsbewegung der Länder des südlichen Afrika haben die Initiative ergriffen und eine **konkrete Alternative** entwickelt. Ich möchte die Hauptpunkte ihrer Strategie beleuchten. Was das südliche Afrika betrifft, so ist eine Alternative zum neoliberalen Denkmuster nicht nur machbar, sondern bereits im Entstehen!

1. DIE REALITÄT WIRD AUF DEN KOPF GESTELLT.

Globalisierung und Handelsliberalisierung werden oftmals von „Experten“ dargestellt, als ob beides **unvermeidlich** wäre **wie die Schwerkraft**. Besonders im Falle von Afrika werden sie unseren Führern verkauft, als wären sie im Interesse Afrikas. Sie sollen ausländisches Kapital und Technologie zu uns bringen, um die Engpässe im Angebot von Afrikas Produktion zu beseitigen und um Afrika auf dem Exportmarkt wettbewerbsfähig zu machen.

In der Realität aber stellen die meisten unabhängigen Zeugen und Berichte fest, dass die Bedingungen für unsere Völker heute schlechter sind als zur Zeit, als wir unsere Unabhängigkeit erlangten. Sogar die wenigen Industrien, die in den ersten beiden Dekaden der Unabhängigkeit aufgebaut wurden, stehen jetzt vor dem Ruin. Wir sind Zeugen einer **Entindustrialisierung** und jetzt werden wir ebenso zu Zeugen des **Abbaus der Landwirtschaft** und einer Bedrohung der Lebensgrundlagen unserer ländlichen Bevölkerung.

Warum kam es so? Weil Globalisierung und Liberalisierung nicht das sind, als was die Ökonomen des Mainstreams sie präsentieren. Sie gehören zu den wichtigsten Methoden der mächtigen Nationen, mit denen sie versuchen, einen Ausweg aus **ihren** periodisch auftretenden **zyklischen Krisen** zu finden und um ihren Unternehmen zu helfen, die unter einem ständigen Druck auf steigende Profite stehen. Die Hauptgründe für diesen Druck auf die Profite sind die **Lohnforderungen** ihrer eigenen Arbeitskräfte und die **Konkurrenz durch Länder der Dritten Welt**, wie zum Beispiel China, das seine Produktion massiv ausbaut, basierend auf billiger Arbeit (auf Lohn-Kosten-Basis). Um das abzufangen, streben westliche Unternehmen danach, Arbeit durch Kapital zu ersetzen (um die Lohnstückkosten zu senken), doch das hat einen doppelten Effekt. Der erste Effekt ist, dass Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren. Der zweite, dass, im Verhältnis zur Arbeit, das Kapital einen immer größeren Anteil der Produktion ausmacht, was weiteren Druck auf die Profite pro Kapitaleinheit mit sich bringt.

Auf globaler Ebene streben die Konzerne mit Hilfe ihrer Regierungen danach, gegen diese Entwicklung anzugehen, indem sie eine Anzahl von Maßnahmen ergreifen. Einige davon betreffen ihre eigenen Länder (wie zum Beispiel der Einsatz ungelerner Arbeitskräfte „Herunterstufen“, Rationalisierungen der Produktionen, Fusionierungen und Übernahmen). Aber ein Großteil der **„korrigierenden“ Maßnahmen** gegen die rückläufigen Profite betreffen die Länder des Südens. (Als zum Beispiel afrikanische Unterhändler sich auf der WTO-Ministerkonferenz in Cancun mit dem US-Handelsrepräsentanten, R. Zoellich, trafen, wurden sie mit der Forderung des Handelsdelegierten der USA [United States Trade Representative USTR] konfrontiert: „Was ich wirklich von ihnen brauche ist Marktzugang.“). Die führenden Handelsnationen (USA, Europa, Japan) benutzen die Kontrolle, die sie über globale Produktion und Marketing ausüben, um **die Märkte des Südens aufzubrechen**, damit sie diese mit ihren eigenen Gütern und Dienstleistungen erobern können. Ebenso brechen sie für den globalen Markt Sektoren auf, die traditionell als öffentlich, strategisch oder national angesehen werden.

Um dabei Erfolg zu haben, nutzen sie ihre bestimmende Macht in Institutionen wie IWF und WTO. Sie nutzen diese Organisationen auch, um Kapitalmärkte zu liberalisieren, sodass ihr Kapital frei fließen kann, ohne Beschränkungen, die die Länder des Südens verfügen könnten, um inländisches Wachstum zu erzeugen.

Worum geht es beim Kampf in WTO, Weltbank und IWF? Es geht um Absatzmärkte für Güter, Dienstleistungen und um ungehinderten Kapitalfluss für Investoren. In diesem Prozess trachten die führenden Unternehmen, die führenden Staaten, die multilateralen, regulierenden und exekutierenden Organisationen danach, **die Freiheit der Länder des Südens zu begrenzen und ihre politischen Entscheidungsspielräume einzuschränken**. In diesem Kampf großer wirtschaftlicher und politischer Interessen und unter diesen Regeln sucht Afrika nach einem Ausweg, um ein Minimum politischer Spielräume zu erreichen. Sogar dieser minimale politische Spielraum wird mit der Begründung verweigert, dies würde ausländisches Kapital abschrecken. Kapital ist knapp, und viele Länder konkurrieren darum. Daher meinen sie, das Kapital sollte die Möglichkeit erhalten, ungehindert zu kommen und zu gehen. In Wesentlichen ist dies das Grunzprinzip hinter drei von vier der **Singapur-Themen** - Investmentpolitik, Wettbewerbspolitik und Transparenz des öffentlichen Vergabewesens. Und das ist auch der Grund, warum die Entwicklungsländer ständig dagegen opponierten, seit diese Themen 1996 in Singapur auf die Agenda der WTO gesetzt wurden. Diese Maßnahmen werden die eigenen politischen Maßnahmen der südlichen Länder für ihre Entwicklung verhindern.

Tatsache ist, dass bei all dem die Realität auf den Kopf gestellt wird. Das vergleichbare Beispiel in den internationalen Beziehungen ist der kaum verschleierte Deckmantel der Demokratie, der genutzt wurde, um die Invasion des Irak zu "rechtfertigen". Als keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden konnten, "rechtfertigte" die Anglo-Amerikanische Allianz den

Angriff als "im Interesse der Menschen im Irak". Denkende Menschen kann man mit diesem Argument nicht mehr hintergehen.

Was die Liberalisierung der Wirtschaft und den Kapitalfluss betrifft, täuscht die trügerische Verlockung des Kapitals jedoch weiterhin die meisten politischen Entscheidungsträger des Südens. Diese Themen werden noch immer so präsentiert, als seien sie „im Interesse“ der Entwicklungsländer. In der Realität aber, wie schon oben erwähnt, sind das Maßnahmen, die von westlichen **Konzernen** gefordert werden, um sich aus ihrer **eigenen** Situation der immer wieder kehrenden Krise zu befreien. Deswegen forcieren ihre Regierungen diese Regeln in den Organisationen wie dem IWF, der WTO, der Weltbank und dem Cotonou-Abkommen.

Oft wird das Problem so dargestellt, als gäbe es, nach den Worten der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, "keine Alternative" für die Länder des Südens. Dies ist nicht der Fall, wie wir später sehen werden.

3. DIE EFFEKTE DES GLOBALISIERUNGS-TSUNAMIS

Ozeanische Erdbeben und tektonische Verschiebungen von der Art, wie sie im Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 geschahen, können kraftvolle Energien freisetzen und die gefährlichsten Tsunami-Wellen entstehen lassen, welche unermessliche Verwüstungen hinterlassen.

Dieses natürliche Ereignis hat auch in menschlichen Beziehungen Parallelen. 1884, während der Konferenz in Berlin, löste der Kolonisations-Tsunami kraftvolle Energien in Europa aus. Seine Wellen führten zur Kolonisation Afrika's und brachten Tod und Zerstörung der afrikanischen Völker und Institutionen mit sich. Es dauerte fast einhundert Jahre bis Afrika sich von diesem Tsunami erholte. Aber jetzt wird Afrika von einem neuen Tsunami getroffen - dem Tsunami der Globalisierung.

Globalisierung wird uns von grossen und mächtigen Ländern präsentiert als ob es ein unabwendbares natürliches Phänomen wäre und als ob es für Afrika von Vorteil wäre, sich in das globale System zu integrieren. Tatsächlich aber ist die Globalisierung eine bewusste Strategie der westlichen Länder, um deren eigene Unternehmen aus zyklischen und systematischen Krisen zu retten. Genau wie bei natürlichen Tsunamis, wo die Wellen von einem instabilem Zentrum ausgehen und sich bis an die äussere Grenze bewegen, so **beginnt** der Globalisierungs-Tsunami ebenfalls bei sozialer Instabilität sowie dem Verlangen nach Profit **in den Kapitalzentren** und bewegt sich dann nach aussen. Beide Arten von Tsunami bringen den von den Wellen vertriebenen Völkern unsägliches Leid. In beiden Situationen sind die Opfer meist die ärmsten Völker der Gesellschaft.

Der **erste** große politisch-ökonomische Tsunami, dem Afrika unterworfen war, war der **Sklavenhandel**. Dies

geschah, um den Bedarf an Arbeitern für die Plantagen und kolonialen Wirtschaften zu decken, der durch die europäische Expansion in die neuen Gebiete der amerikanischen Kontinente hervorgebracht wurde. Der **zweite** große politisch-ökonomische Tsunami, der durch Afrika fegte, war **die direkte koloniale Eroberung**, welche **1884** mit der **Berliner Konferenz** begann. Dies war auch das Ergebnis einer Krise in Europa und dem Verlangen nach Expansion über die Grenzen hinweg, um Zugriff auf natürliche Rohstoffe und billige Arbeitskräfte zu ermöglichen. In den 1870ern und 80ern erlangten die industrialisierten Länder Europas einen Punkt der gravierenden sozialen und ökonomischen Instabilität. Sie hatten, durch die Einschränkungen des inländischen nationalen Marktes und durch den existierenden technologischen Stand, die Wachstumsgrenze erreicht. Der Lohndruck schnitt tief in den Gewinn. Interne Unterdrückung der Arbeiterklasse hatte einen Punkt erreicht, an dem die Angst vor revolutionären Unruhen aufkam. Aus diesem Hintergrund war das europäische Kapital gezwungen, einen Zugang nach Afrika zu finden, um nach billigeren Rohstoffen und Investitionsmöglichkeiten zu suchen. Die koloniale Ausbeutung brachte billige Rohstoffen aus Afrika. Die Ausbeutung half auch der Profitsteigerung europäischer Unternehmer, womit sich die steigenden Forderungen nach höheren Löhnen befriedigen ließen. Somit konnte der soziale Frieden in Europa, besonders in Großbritannien, gehalten werden. Der Englische Kolonialist Cecil Rhodes erfasste die Lage richtig, als er sagte, dass die koloniale Ausbreitung eine Frage des täglichen Überlebens war. Die Expansion des Kapitals über die Grenzen hinaus half den sozialen Frieden in der Heimat zu sichern.

Einhundert Jahre später, in **unserer eigenen Zeit**, sehen sich die industrialisierten Länder wieder einer ähnlichen Krise gegenüber, einer Krise der Rentabilität und der Gefahr der sozialen Aufruhr. Die unterliegende Kraft, mit der diese momentane Phase der Globalisierung in der Mitte der 70er Jahre begann, ist die tektonische Reibung zwischen zwei Kräften: eine Kraft ist der Druck auf Unternehmensgewinne als Ergebnis der steigenden Forderungen der Arbeiter im Westen nach höheren Löhnen und die steigenden Materialkosten, besonders des Öls. Die andere Kraft ist der steigende Wettbewerb von einigen neueren wirtschaftlichen Ländern in Asien. Als **Thatcher und Reagan** in Großbritannien und den USA an die Macht kamen, begannen sie tatkräftig ihren Unternehmen mit diesem Problem zu helfen. Sie wurden zu historischen Persönlichkeiten, weil mit ihnen die gegenwärtige Phase der "Globalisierung" begann. Konfrontiert mit dem rückläufigen Vermögen der Geschäftswelt, **deregulierten und liberalisierten** Thatcher und Reagan die Wirtschaft. Paradoxerweise war die erste Aufgabe der "Deregulation" die Regulierung der Gewerkschaften um Lohnforderungen zu unterdrücken. Allmählich wurde die Wirtschaft zu einem Minimum an staatlichen Eingriffen dereguliert (womit das Konzept des minimalisierten Staates begann). Dadurch wurden für den privaten Sektor Konditionen geschaffen um sich von den rückläufigen Gewinnen zu erholen und um die Kontrolle über die Wirtschaft zurückzuerlangen. Vom Staat

ermutigt, begannen die Unternehmen Programme zur Rationalisierung der Produktion - einschließlich der "Flexibilisierung" der Arbeitskräfte, sowie Fusionen und Übernahmen. Gleichzeitig expandierten sie in Bereiche der Gesellschaft, welche vorher außerhalb des rein wirtschaftlichen Bereiches standen, wie die Umwelt und die sozialen Bereiche.

Der Staat begann (besonders in Großbritannien, wo das soziale Wohlfahrtssystem weiter fortgeschritten war als in den USA) mit der **Privatisierung** der sozialen und infrastrukturellen Bereiche, wie Transport, Energie und später Gesundheit und Bildung. Danach folgten liberale, pro-unternehmerische Steuertaktiken, in den 1990ern dann die Umlagerung von weiteren öffentlichen Anlagen (wie Rentenfonds) an den privaten Sektor. Anschließend kam die finanzielle Liberalisierung und die Konvergenz der nationalen Börsen, welche die Tür zu Transaktionen in den aufkeimenden finanziellen und spekulativen Märkten rund um die Uhr öffnete. Diese Maßnahmen schafften schwere soziale Lageveränderungen im Westen, zum Beispiel in den Rentenfonds.

Diese Maßnahmen sind jedoch nicht ausreichend, um Europa, USA und Japan aus der sich verstärkenden **Krise der Überproduktion** zu helfen. Wie in den 1880ern ist es nötig, außerhalb der geografischen Grenzen zu expandieren. Aber im Gegensatz zu den 1880er gibt es keinen Platz für eine territoriale Expansion. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist die Zurückeroberung des Marktes von den neuen unabhängigen Ländern des Südens. Die andere ist die Vertiefung des Kapitaleindrangs direkt in den Produktionsprozess. **Genau wie in den Jahrzehnten nach 1884 wird die gegenwärtige Expansion von der tektonischen Krise in den industrialisierten Ländern diktiert.**

Die Maßnahmen, die in den eigenen Ländern durchgeführt werden, wie die Kontrolle über die Gewerkschaften und die Einfrierung der Löhne sowie Fusionen und Übernahmen, müssen von zusätzlichen Maßnahmen in den Ländern des Südens ergänzt werden. Weil die eigenen **Märkte** bereits **gesättigt** sind, müssen sie für ihre Waren und Dienstleistungen die Märkte des Südens aufbrechen. Grosse Wirtschaften wie Indien, China, Brasilien und Argentinien werden von der Welthandelsorganisation gebeten, ihre Märkte zu liberalisieren. In Bezug auf Afrika werden, mit Hilfe der von der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds auferlegten Bedingungen, Maßnahmen für Handelsliberalisierung und Marktöffnungen mehr oder weniger aufgezwungen.

Die Liberalisierung des Warenmarktes ist nur ein Teil des Prozesses. Es war die *Liberalisierung der Dienstleistungen*, das Hauptabkommen im Handel von Dienstleistungen (**GATS**), welche enorme Gewinnchancen für westliche Unternehmen eröffnet hat. Die Privatisierung von Wasser, Gesundheitswesen, Kommunikation, Elektrizität, Bildung, usw. ist kein unbeabsichtigtes Geschäft. Diese Dienstleistungen werden aus der Hand des Staates genommen, um größere Gewinne für die privaten (d.h. multinationalen) Bereiche

zu schaffen. Zunehmend werden auch strategische Bereiche und Sicherheitsbereiche durch offenkundige Gesetzgebung privatisiert, sowie auch einheimische Wissenssysteme. Jetzt haben sie auch genetisch veränderte Organismen (GMOs) als einen Mechanismus zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion gebracht. Der wahre Grund dahinter ist nicht die Einschränkung der Hungersnöte in Afrika, sondern die Schaffung einer Möglichkeit zur **Kontrolle der Agrikultur in unseren Ländern**, damit die Herrschenden der Gen-Technologie Gewinne einbringen können. Waren, Dienstleistungen und Technologie wurden als Mechanismen zum Aufbrechen des Marktes der Dritten Welt genutzt, und um den Markt weiterhin kontrollieren zu können.

Handel in Waren und Dienstleistungen ist jedoch noch immer nicht eine ausreichende Grundlage für den Schutz ihrer Industrien. *Der Hauptgrund sind Investitionen.* Wenn sie nur Waren und Dienstleistungen exportieren, werden sie in 10 - 15 Jahren den Markt nicht mehr halten können, weil die Chinesen mit ihren niedrigeren Löhnen sie außer Wettbewerb setzen. Bis 2015 könnten 40% aller Konsumgüter aus China kommen. Daher ist die einzige Strategie der westlichen Länder, die Kontrolle des Dienstleistungs- und Investitionsbereiches anzustreben. Darum übten die OECD-Länder so viel Druck zur Multi-Lateralisierung der Investitionsabkommen aus. Deshalb drängten sie 1997 auf Konditionen, bei denen Investitionen kommen und gehen können, wie sie wollen. Dies wurde zum Hauptproblem der Konferenz der Welthandelsorganisation in Singapur im Dezember 1996, und verursachte die so genannten "Singapur-Angelegenheiten".

Viele verstehen die Sache mit den Direkten Auslandsinvestitionen (foreign direct investments, FDI's) falsch. Es wird so vorgelegt, als ob es die Länder des Südens sind, welche die FDI's brauchen. **In Wahrheit ist es der Westen, der sein Kapital exportieren muss**, wenn seine Unternehmen überleben wollen. Westliche Unternehmen müssen in unseren Ländern Bedingungen schaffen, damit durch FDI's die Produktion kontrolliert werden kann.

Fazit: Wir müssen erkennen, dass die politisch-ökonomischen Tsunamis, genau wie ihre natürlich vorkommenden Gegenstücke, von den tektonischen Verschiebungen in den Wirtschaften der entwickelten Länder verursacht werden. Sie setzen Wellen in Bewegung, die den Rest der Welt überwältigen. Afrika wird seit mehr als 500 Jahren solchen Wellen ausgesetzt, die ursprünglich aus Europa kamen und jetzt von der Gemeinschaft der industrialisierten Länder, einschließlich den USA und Japan. Zum Schutz und zum Fortschritt **ihrer** Interessen haben sie die momentane Phase der Globalisierung und Handelsliberalisierung begonnen.

Globalisierung wird von den Ideologen auch angeboten, als ob es eine "Gelegenheit" für die Völker des Südens sei, vom System "Vorteile" zu erhalten. Wann immer Repräsentanten des Südens in internationalen Verhandlungen (wie in der UN, UNCTAD, WTO, UN Wirtschaftskommission für Afrika, oder im Weltwirtschaftsforum, usw.) die Globalisierung als ein

sehr riskantes Angebot für die Völker des Südens anzweifeln, setzen die Repräsentanten des Westens einen Zusatz in den Text, der besagt, dass die Globalisierung "Vorteile" sowie "Risiken" bietet. Diese **linguistische Doppelrede** ist bereits ein Teil der Textpakete geworden, wenn sie in internationalen Konferenzen "verhandelt" werden.

Tatsache ist, dass Globalisierung insgesamt Zerstörung für den Grossteil unserer Bevölkerung gebracht hat, mit Ausnahme einiger millionenreicher Begünstigter in den Ländern des Südens. Wieder einmal, genau wie die in der Natur vorkommenden Gegenstücke, haben die politisch-ökonomischen Tsunamis schwerere Konsequenzen für die Armen unter uns als für die Reichen.

Dennoch ist es möglich, manche Effekte dieser Tsunamis aufzuhalten. Es wäre korrekt, in Afrika erst einmal die weitere Integration in dieses **System von politisch geschaffener Ungleichheit** zu verlangsamen. Parallel dazu muss Afrika die **Einheit und Stärke unserer eigenen regionalen Organisationen** (wie SADC, EAC und ECOWAS) aufbauen, gestützt auf die Schaffung **regionaler Märkte** statt Erzeugung von Exporten.

3. DREI EBENEN DER ANALYSE DER GLOBALEN REALITÄT

Eine der schwierigsten Wissenschaften ist die Epistemologie - die Wissenschaft des Verständnisses der Realität. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die soziale Welt, wo subjektive Werte und Interessen, ebenso wie die Dynamik des Wechsels, eine klare Sicht der äußeren Realität versperren.

Diese "eingeschränkte" Sicht der Außenwelt ergibt gesellschaftliche Wechselbeziehungen. In der Tat werden Kriege und soziale Umbrüche unter anderem auch durch die Art verursacht, wie Menschen einander wahrnehmen. In unserer eigenen Zeit zeugen Kriege, zum Beispiel in Ruanda, Kosovo und Irak, von dieser Beobachtung.

Auf einer anderen Ebene, der Ebene der Positionierung für politische Macht innerhalb der Länder, halten Führer an politischen Ansichten fest, welche ihre Taktiken und Anweisungen diktieren. Wenn deren Ansichten durch den Blick auf die Realität von einer **eingeschränkten**, statt einer **umfassenden** Perspektive bestimmt werden, so werden sie dazu neigen, schwere Fehler in ihren politischen Werturteilen zu machen und ihr Land in die falsche Richtung zu führen. Auf diesen Zusammenhang hin wird die folgende dreistufige Analyse vorgeschlagen, um die afrikanische Realität als Leitfaden für zukünftige Taktiken und Handlungen zu verstehen.

Eine **ganzheitliche Analyse** verlangt von uns, alle der folgenden drei Faktoren in einer *verbunden Weise* zu betrachten:

- Der **Imperiale Faktor** (auf der globalen Ebene)
- Der **Regierungs- oder Demokratische Faktor** (auf der nationalen oder Staatsebene) und
- Der **Soziale Faktor** (auf der Ebene des Volkes).

Auf der grundlegenden Ebene haben wir den "**Sozialen Faktor**" (**SF**). Ein System ist nur dann legitim, wenn es die grundlegenden Menschenrechte (wie oben festgelegt) des Volkes vorantreibt. Und dies bedeutet, feinfühlig zu sein für die ungeschützten Teile der Bevölkerung - wie Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen, Arbeiter, Landarbeiter, Flüchtlinge benachbarter Länder und Minderheiten unter uns - und die unterprivilegierten geopolitischen Regionen und Gemeinschaften.

Auf der Zwischenebene oder der zweiten Ebene ist es der "**Regierungs- oder Demokratische Faktor**" (**DF**) - wie das politische System funktioniert, wie Entscheidungen getroffen und ausgeführt werden, wem sie Vorteile bringen, die Frage nach Recht und Gerechtigkeit in der Aufteilung der Rohstoffe und Chancen, Korruption, und die Gegenwirkung des Systems auf eine Anhäufung und Missbrauch der Macht.

Auf der dritten, aber nicht weniger wichtigen Ebene, ist der **Imperiale (oder globaler) Faktor (IF)**, - wie das System auf der globalen Ebene funktioniert, wie Entscheidungen auf dieser Ebene angenommen und durchgeführt (oder erzwungen) werden, wem sie Vorteile bringen, die Frage nach Rechtgebung und Gerechtigkeit in der Verteilung globaler Rohstoffe und Chancen, und die Gegenwirkung des Systems auf Anhäufung und Missbrauch der Macht auf der globalen Ebene.

Um die Afrikanische Realität zu verstehen (und dies sollte generell auf den ganzen Süden zutreffen), ist es nötig, eine komplette Sicht auf die Situation zu haben und nicht die Dinge in einer bruchstückhaften Weise zu analysieren. Wenn zum Beispiel der Vorschlag unterbreitet wird, der Imperialismus sei der Grund für die Krise unserer Länder, dann gibt es generell eine Tendenz, dies mit der Aussage zu kontern: "ja, aber man kann die Schuld nicht immer nur auf den Imperialismus schieben, es ist unsere Regierung, die den falschen Taktiken folgt, die korrupt ist, und so weiter". Oder, wenn die Regierung daran erinnert wird, dass sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, dann dreht die Regierung dies um und schiebt die Schuld auf außen liegende Kräfte, auf Spender, auf den Imperialismus, oder auf die Dürre.

Es muss nicht ein Entweder-Oder-Angebot sein - entweder das eine oder das andere. Tatsächlich ist es so, dass ein Argument, welches den Imperialismus als Grund der Krise heraus stellt, oft die örtlichen oder nationalen Teilnehmer von der Verantwortung freispricht. Ähnlich schützt ein Argument, welches die Schuld komplett auf örtliche Faktoren schiebt, den Imperialismus. Das oben zitierte Argument wird oft in gesellschaftlichen und akademischen Reden gehört. Dieses Argument führt zu drei Folgen:

- Eine Folge ist die Ablenkung von der Analyse des imperialen/globalen Faktors, und die Rede von "**Regimewechseln**", weil das momentane machthabende Regime als einziger Krisenfaktor angesehen wurde. In manchen Fällen hat dies in Afrika dazu geführt, dass die Regimeopposition auf das Imperium zugeht um einen "Regimewechsel" durchzuführen. Anstatt das Problem zu

lösen wird es verstärkt, denn das **Imperium ist weder unschuldig noch ein neutraler Beobachter**, es hat seine eigenen Interessen, welche es direkt durch **örtliche Agenten** fördert.

- Die zweite Folge ist die Ablenkung von einer Analyse des **Kommens und Gehens der Regierungen** in Afrika, und von der Begründung das jede neue Regierung ebenso schlecht oder noch schlechter ist als die soeben ersetzte. Warum hat die Elite in post-kolonialen und post-revolutionären Situationen eine Tendenz zum Autoritarismus (und Korruption)? Diese Tendenz muss in einer wissenschaftlichen Weise analysiert werden, und nicht hinsichtlich der Persönlichkeiten.
- Die dritte Folge dieser bruchstückhaften Analyse ist die Entlastung der **Volksbewegung** (einschließlich der Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen) von genauen Untersuchungen. Auch sie müssen für Fehler in politischen Entscheidungen und einem Mangel an strategischen Überlegungen zu Verantwortung gezogen werden. Warum gibt es eine Tendenz innerhalb der Volksbewegung, Führer hervorzubringen, die, wenn sie an die Macht kommen, sich nicht besser benehmen, oder sogar noch schlimmer sind, als die von ihnen ersetzten Politiker?

Der Kampf der Völker muss ausschließlich auf dem Verständnis der **gesamten Realität** basieren - nicht in einer einseitigen, sondern in einer umfassenden Weise. Ignoranz eines Faktors führt leicht zu schweren Fehlern in politischen Entscheidungen, bringt die Nation oder Partei (je nach dem) in die Irre, und verursacht soziale und politische Spannungen.

Aus der dreistufigen Analyse folgen drei Vorschläge:

- Ignoriere **SF** und man erhält Unzufriedenheit und Aufruhr
- Ignoriere **DF** und man erhält Unterdrückung und Widerstand
- Ignoriere **IF** und man erhält die Vorherrschaft des Imperiums und Gegenwehr.

Aus diesen Vorschlägen kommt die folgende Formel als Richtlinie, um Frieden und Gerechtigkeit zu erreichen. Man könnte es vielleicht so schreiben:

Frieden und Gerechtigkeit = SF +DF – IF

Die allgemeine Richtlinie, um in Afrika Gerechtigkeit und Frieden zu erreichen, ist die Befriedigung der materiellen und sozialen Bedürfnisse der Menschen, besonders der ungeschützten, durch ein demokratisches und rechenschaftspflichtiges Regierungssystem und durch die Minderung (und wenn möglich, die Ausmerzungen) von Imperialen Eingriffen in afrikanischen Gesellschaften.

4. GIBT ES ALTERNATIVEN ZUM NEOLIBERALISMUS? JA, ES GIBT SIE.

Die Fehlschläge der Strategie des Neo-Liberalismus in Afrika.

Mit ihrem berühmt gewordenen Ausspruch „Es gibt keine

Alternative“ (There is no Alternative = TINA) zum neo-liberalen Modell für Wirtschaftswachstum und Entwicklung hat die damalige Premierministerin Margaret Thatcher bei einer Konferenz in Westafrika die Länder Afrikas unmissverständlich aufgefordert, am Prozess der Globalisierung teilzunehmen, oder von der Weltkarte zu verschwinden. Tatsächlich glauben viele, dass Afrika schon von der Weltkarte verschwunden oder zumindest an den Rand gedrängt wurde. Die neo-liberale Fraktion behauptet zu wissen, was Afrika braucht; kapitalintensive Investitionen, eine Öffnung der Märkte, mehr Entwicklungshilfe und ausländische Experten. Im wesentlichen ist der Kern dieser Strategie der Weltbank und des IWF ein **Diktat** aus Struktur-Anpassungs-Programmen für Afrika im Austausch für Finanzspritzen und technische Beratung. Diese Strategie wird auch verfolgt von den Geberländern in bilateralen und multilateralen Verhandlungen (z.B. mit der Welt-Handels-Organisation WTO) aber auch in „Der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)“. Die „Blair Initiative“ von 1994 die zur Gründung der Afrika Kommission führte mit dem Ziel, Afrika aus seiner „Randlage zu befreien“, ist ebenfalls Teil dieser TINA Strategie.

Dennoch herrscht in weiten Teilen der afrikanischen Gesellschaft die breite Übereinstimmung, dass das neo-liberale Entwicklungskonzept den Menschen nicht geholfen hat. Die Armut hat sich nicht nur festgesetzt, sondern ist noch schlimmer geworden und die Schere zwischen Arm und Reich ist noch weiter aufgegangen. In Afrika selbst wird diese neo-liberale Strategie von immer weniger Angehörigen der Elite und der Wirtschaftslobby unterstützt. Sie profitierten von der Großzügigkeit der Geber, vom Marktzugang und von den Importen aus den Industrieländern, womit sie zu harter Währung kamen. Für die Masse der Afrikaner ist der Neo-Liberalismus kein Tor zum Himmel. Makroökonomisch gesehen leidet Afrika unter einer Entindustrialisierung und einer Abwanderung der Industrie z.B. am Textilsektor, der in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit entstanden war. Afrika bleibt weiterhin hauptsächlich ein Lieferant von Rohstoffen und Bodenschätzen. Landwirtschaft und Fischerei, die Lebensgrundlagen für die meisten Afrikaner sind ebenfalls von der neo-liberalen Strategie betroffen. Als Beispiel: Hühnerkeulen, mit denen Europa Westafrika überschwemmt, machen nicht nur die einheimische Industrie kaputt, sondern sie vernichten auch die Lebensgrundlage der Menschen. Der Tourismus wird oft als Wachstumssektor für Afrika gepriesen, aber er hat nur wenige Fünf-Sterne-Hotels in afrikanischen Großstädten hervorgebracht, auf Plätzen, wo vorher die Häuser und Gärten der Einheimischen standen. Zudem ist dieser Wirtschaftszweig im Grunde ebenfalls ein extraktiver Wirtschaftszweig mit wenigen ökonomischen Vernetzungseffekten.

Die bis zum Erbrechen wiederholt angepriesene aber fehlgeschlagene neo-liberale Strategien (z.B. von der Blair Commission, und Hunderten Resolutionen), die auf Konferenzen in und über Afrika beschlossen wurden, dienen weitgehend den Interessen global operierender Konzerne, einigen Hunderttausend Reichen in Afrika, mit politischem Einfluss und in Führungspositionen der Wirtschaft. Das ständige Wiederkäuen dieser neo-liberalen Strategie verhindert kreatives Denken und eine Reflektion über Alternativen für eine Strategie für die Entwicklung Afrikas.

Ein leuchtendes Beispiel für eine Alternative zur Neo-Liberalen-Strategie

Es wurde schon viel über alternative Paradigmen gesprochen, aber bisher fehlten die Aktionen. Aber in den letzten Jahren, haben Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft in Afrika bei den Treffen des **afrikanischen Sozialforums** - als ein Teil des größeren globalen Sozialforums - eine Menge Denkarbeit über Alternativen zum Neo-Liberalismus geleistet.

Einer der Versuche in diese Richtung entstand mit der regionalen breiten Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, die aus den zehn SADC Staaten (Southern Africa Development Community) besteht. Sie ergriffen im April 2004 die Initiative, um etwas zu verändern. Das Folgende ist eine Beschreibung der wichtigsten Elemente einer **alternativen Strategie**, welche die Gewerkschaft anbietet und die **Alternative zum Neo-Liberalismus in Südafrika (ANSA)** genannt wird. Es ist dies der erste ernsthafte Anlauf, den Menschen in der Region, eine alternative Entwicklungsstrategie anzubieten und ein Programm sowohl mit visionären als auch praktischen Zielen zu entwickeln.

Hauptelemente der ANSA-Strategie

Die grundsätzlichen Aspekte von ANSA lassen sich in **zehn Punkten** zusammenfassen:

1. Auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene, eine **vom Volk entwickelte Strategie** (im Gegensatz zu der vom IWF, der Weltbank oder der WTO Strategie der Geberländer.)

2. **Integrative Graswurzel-Bewegungen** (im Gegensatz zur Aufspaltung der Region durch das „Imperium“)

3. Auf der wirtschaftlichen Ebene, ein alternatives Produktionssystem, welches am **Inlandsbedarf**, an den Nöten der Menschen, an der Nutzung heimischer Ressourcen und an der **Bildung heimischer Rücklagen** orientiert ist. (Im Gegensatz zum bestehenden System, das auf Export, ausländische Investitionen und Fremdeigentum ausgerichtet ist). Das soll zu einer **horizontalen Integration von Landwirtschaft und Industrie** führen (im Gegensatz zur eingefahrenen vertikalen Integration jedes einzelnen Sektors in die Ökonomien des Imperiums), und zum **Anwachsen des Sozialsektors** (statt diesen zurück zu drängen, wie jetzt)

4. Ein in Phasen ablaufender **Rückzug aus der Globalisierung** (im Gegensatz zu einer weiter vertieften Integration in das existierende, ungerechte, globale System), und die Vorbereitung auf die Einbindung in ein **neu strukturiertes und verändertes globales Produktions- und Verteilungssystem** durch Verhandlungen mit Hebelwirkung.

5. Eine alternative Wissenschafts- und **Technologiepolitik** die das kollektive Wissen und die Weisheit der Menschen bündelt und in ihrem Eigentum belässt. (Im Gegensatz zur derzeitigen blinden Übernahme der Technik orientierter Wissenschaft des Imperiums, die nur Gewinn-Maximierung anstrebt, indem die Natur und die menschliche Arbeitskraft zur Handelsware gemacht werden.)

6. Eine Strategie zur Bildung von **Allianzen** und Netzwerken aus nationalen, regionalen und globalen fortschrittlichen Kräften (im Gegensatz zum derzeitigen System, das die gesellschaftlichen Kräfte in den kapitalistisch geprägten Globalisierungsprozess hineinzuziehen versucht.)

7. Eine Strategie mit einer politisch gesteuerten Umverteilung von Vermögen und Marktzugängen vom so genannten formellen zum **informellen Sektor** der Gesellschaft (im Gegensatz zum derzeitigen System, das die Ressourcen willkürlich verteilt und dem informellen Sektor nur die Rolle billiger Zulieferanten und die Bereitstellung billiger Arbeitskräfte mit prekären Arbeitsverhältnissen überlässt.)

8. Eine Strategie, in der die Rechte der **Frauen** im Mittelpunkt stehen und die Basis für eine gesunde und produktive Gesellschaft bilden (im Gegensatz zum derzeitigen System das auf der Ausbeutung von Frauenarbeit basiert, dem dann nur geringfügige Aktionen folgen, welche die schrecklichen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung auf die Frauen übertünchen sollen.)

9. Eine Strategie, in der die **Ausbildung** am Bedarf der Produktion ausgerichtet ist und in dem die technischen und Managementkenntnisse und auch die Forschungs- und Entwicklungsfähigkeiten der Arbeitskräfte und jener Verantwortlichen für Produktion und Verwaltung verbessert werden (im Gegensatz zur Ausbildung zu einer bürokratischen und akademischen Elite.)

10. Eine Strategie, in der Volksbewegungen, Demonstrationen, öffentliche Anhörungen als Unterstützung einer neuen Ethik und der Entwicklung des Staates gesehen werden als Verkörperung der demokratischen Kraft der Gesellschaft – auf dass eine dynamische, partizipatorische und **radikale Demokratie** entsteht (im Gegensatz zum derzeitigen System, in dem Volksbewegungen als Bedrohung für das existierende System gesehen werden, und in dem eine repräsentative Demokratie die Rechte des Volkes auf eine Zukunft mit einfacher Mehrheit niederstimmen kann.)

Fazit :

Alle, die behaupten, dass die Globalisierung und der Neo-Liberalismus „unabwendbar“ seien, und dass man wenig dagegen tun kann, außer sich zu unterwerfen und zu versuchen, das Beste daraus zu machen, haben die Geschichte nicht verstanden, schon gar nicht die Befreiungskämpfe der Völker.

Die Geschichte wurde nicht nur von den Eroberern geschrieben, sondern auch von denen die der Eroberung Widerstand leisteten. Sie mögen vielleicht während einer Periode unterlegen sein, aber sie werden nicht in alle Ewigkeit die Verlierer sein. Afrika hat sich selbst vom Kolonialismus und von der Apartheid befreit. Der nächste Kampf richtet sich gegen die Mächte der Globalisierung und des Neo-Liberalismus, die Afrika in ständiger Knechtschaft einer kolonialen Wirtschaftsordnung halten wollen, welche mit der Ausbeutung der Rohstoffe und mit der Privatisierung der öffentlichen Dienste die Basis für Profite für jene global operierenden Kräfte schaffen, welche nicht nachlassen werden, bis der letzte Dollar abgezogen und in Kapital umgesetzt ist.

Hat Afrika die Freiheit, seine Zukunft selbst zu bestimmen? Ja, sicher, es hat sie. Die Kräfte der Vergangenheit sind nicht so unveränderlich und unbesiegbar, wie die Theoretiker der Globalisierung sie beschreiben. Der Behauptung von Margaret Thatcher, „Es gibt keine Alternative“ (**TINA**) ist entgegen zu halten, es gibt Hunderte von Alternativen (**There are Hundreds of Alternatives, TAHA.**) Einige von ihnen befinden sich noch in einem experimentellen Stadium in einigen ländlichen Gegenden Afrikas, und sogar in den ärmlichen informellen Sektoren in städtischen Gebieten, wo die Menschen versuchen, alternative Formen der Produktion und des Handels zu finden, alternative Formen für das Angebot sozialer Dienste, und sogar alternative Formen von Geld. Die oben beschriebene Initiative der südafrikanischen Gewerkschaft stellt ein konkretes Beispiel einer umfassenden makro-ökonomischen und sozialen Strategie dar, die sowohl visionär als auch praktisch umsetzbar ist.

FÜHRER DER INDUSTRIENATIONEN: „HÖRT AUF, UNS LÜGEN ÜBER DIE WUNDER DER GLOBALISIERUNG UND DER LIBERALISIERUNG DES HANDELS AUFZUTUSCHEN!“

FÜHRER DER LÄNDER DES SÜDENS: „HÖRT AUF, EUCH VON DEN ILLUSIONEN UND LÜGEN DES IMPERIUMS VERWIRREN ZU LASSEN!“

VÖLKER DER ERDE, BESONDERS DIE DES SÜDENS: „EINE ANDERE WELT IST NICHT NUR MÖGLICH, SONDERN SIE IST BEREITS IM ENTSTEHEN!“

Für weitere Informationen über die ANSA Initiative schreiben Sie an: ledriz@africaonline.co.zw; Für weitere Informationen über die Arbeit von SEATINI, siehe: www.seatini.org

Ehrenamtliche ÜbersetzerInnen: Franziska BEETZ, Heike Reagan, Herbert Kaser, cooridtrad@attac.org

Michael Gemperle und Alessandro Pelizzari Das "Andere Davos" 2005 : erfolgreicher Widerstand

Bern, 23. Januar 2005

Gestern wurden unter dem Titel „**Deglobalisierung oder Globalisierung von unten - Strategien gegen den weltweiten Kapitalismus**“ die sechste Ausgabe der internationalen Konferenz "Das Andere Davos" ausgetragen, welche Bestandteil der Mobilisierung gegen das World Economic Forum (WEF) ist. Der von attac schweiz organisierte und von vielen Gewerkschaften, NGO und globalisierungskritischen Organisationen unterstützte Anlass, den die Berner Stadtregierung vor zwei Wochen im Kulturzentrum „Progr“ verbot, fand in der dezentral gelegenen „Dampfzentrale“ statt. Mehr als vierhundert BesucherInnen nahmen an den Diskussionen über die Perspektiven des weiteren Widerstandes teil. Dies ist als grosser Erfolg zu werten, ebenso wie die **zahlreichen und vielfältigen friedlichen, bunten und phantasievollen Protestaktionen** von gestern in der Berner Innenstadt gegen das WEF und das Demonstrationsverbot insgesamt, an denen sich - trotz massivem Polizeiaufgebot - Tausende beteiligten.

Am Ausgangspunkt der Diskussion auf der Konferenz stand der Vortrag des ugandischen Ökonomen **Yash Tandon** (Direktor der NGO SEATINI), der aufzeigte, welche Auswirkungen die neoliberale Globalisierung auf dem "vergessenen Kontinent" Afrika zeitigt, und alternative Entwicklungsmöglichkeiten dazu umriss. An Zusammenkünften wie dem WEF, an dem sich die einflussreichsten Unternehmensvertreter und Staatsmänner der Welt zu informellen Gesprächen treffen, werde die vorherrschende Globalisierung, die weltweit Menschen den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie Wasser, Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung oder Bildung verwehrt, weiter vorangetrieben. Die „Deglobalisierung“, die Entflechtung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wäre jedoch nur ein Teil der Antwort. Vielmehr müsse es darum gehen, die Profitlogik des Kapitalismus, die gerade in Afrika Millionen von Menschen die Existenzgrundlage entziehe, zurückzuweisen.

In weiteren Interventionen wurde an diese Argumentation angeknüpft: **Jacques-Chai Chomthongdi** (Focus on the Global South, Thailand) hob hervor, dass die Politik der Deregulierung,

Liberalisierung und Privatisierung gerade an der diesjährigen Ausgabe des WEF weiter forciert wird, wenn sich - auf Initiative von Bundesrat Joseph Deiss - die Handelsminister der 20 mächtigsten Staaten „informell“ treffen, um die nach der Konferenz von Cancún ins Stocken geratenen Verhandlungen innerhalb der WTO wieder in Gang zu setzen. Diese Globalisierung „von oben“ könne nur durch eine Globalisierung „von unten“ gestoppt werden. **Angela Klein** (Montagsdemonstrationen, Deutschland) und **Gian Giacomo Mondovì** (Gewerkschafts COBAS, Italien) betonten in ihren Ausführungen, dass es über die Solidarität mit den sozialen Bewegungen im Süden hinaus heute auch darum gehe, die destruktiven Auswirkungen neoliberaler Globalisierung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im Norden darzulegen. **Meredith Kolodner** (Antiwar Coalition New York) berichtete schliesslich von der Herausforderung, im Herzen des US-amerikanischen Imperiums nach den Wahlen wieder eine Protestbewegung aufzubauen.

attac Schweiz wertet die Konferenz „Das Andere Davos“ wie die Mobilisierung gegen das WEF insgesamt als einen grossen Erfolg. Trotz der auf Konfrontation und der Einschränkung demokratischer Rechte angelegten Strategie der rot-grün dominierten Stadtregierung in den letzten Wochen, **gelang der Anti-WEF-Bewegung gestern eine eindruckliche Darstellung der Breite und Verschiedenheit des Protestes, welche auf grosse Sympathie in der Stadtbevölkerung stiess.** Dass unter den tausenden von friedlich Demonstrierenden dennoch mehr als 84 „präventive“ Verhaftungen vorgenommen wurden und die Polizei mit ihrem massiven Aufgebot die Innenstadt in den Ausnahmezustand versetzte und die zahlreiche Demonstrierende fichtete, ist inakzeptabel und empörend. Die Anti-WEF-Bewegung geht jedoch gestärkt aus diesem Wochenende hervor und wird in den nächsten Tagen über geeignete Formen diskutieren, wie der Protest weiterzutragen ist.

für attac Schweiz, Michael Gemperle und Alessandro Pelizzari
http://www.schweiz.attac.org/article.php3?id_article=542
Weitere Informationen: www.otherdavos.net

ATTAC Österreich

Ende des Wasser-Privatisierungswahns?

Anlässlich des WSF fordert Attac Bekenntnis der EU zu öffentlicher Wasserversorgung

Der Kampf gegen die Wasserprivatisierung zählt zu den großen Themen am Weltsozialforum in Porto Alegre. Nach dem gestrigen Launch einer weltweiten Kampagne zur Bekämpfung des Hungers wird für Sonntag eine Initiative für das Grundrecht auf Wasser erwartet. Die Ankündigung des argentinischen Präsidenten Nestor Kirchner, Aguas Argentinas (Teil des französischen Wasser-Multis Suez) die Konzession für die Wasserversorgung von Buenos Aires zu entziehen, kündigt eine Trendwende an. Enorme Preissteigerungen, sinkende Wasserqualität, ein zunehmend verkommendes Leitungsnetz und der Verlust des Zugangs für arme Menschen heißt die wiederkehrende Kritik an den Wasserunternehmen.

Dazu Petra Ziegler, Öffentliche-Güter-Expertin bei Attac Österreich: "Wasser ist ein Grundrecht und kein Handelsgut. Eine funktionierende Wasserversorgung ist von zentralem öffentlichem Interesse, Profitinteressen haben hier nichts verloren". Das hat auch Uruguay erkannt und als erstes Land das Recht auf Wasser in der Verfassung festgeschrieben.

Die Liste der Beispiele, wo die Wasserversorgung nach einer Privatisierung wieder verstaatlicht wurde oder wird, wächst: Cochabamba (Bol), El Alto (Bol), Tucumán (Arg), Buenos

Aires (Arg), Manila (Philippinen), Atlanta (USA), Potsdam (D). Der Rückzug der Privaten hat System: Private versagen in der Wasserversorgung. Die einstigen Vorzeigebispiele der Weltbank (Buenos Aires und Manila) sind Geschichte und die Vertragsauflösung in Deutschland und den USA zeigen, dass dieses Phänomen auch Industrieländer betrifft.

Umso unverständlicher sind die Forderungen der EU-Kommission anlässlich der Wiederaufnahme der GATS-Verhandlungen an viele Länder ihre Wassermärkte zu liberalisieren (vgl. dazu die [Presseaussendung](#) unten). Nach zehn Jahren Erfahrungen mit der Wasserprivatisierung muss eine negative Bilanz gezogen werden. "Attac fordert ein Bekenntnis der EU zu öffentlicher Infrastruktur.", sagt Petra Ziegler von Attac. "Die EU soll Entwicklungsländern mit Know How und finanziellen Mitteln beim Aufbau von öffentlicher Infrastruktur unterstützen statt mit Liberalisierungsforderungen nach Absatzmöglichkeiten für ihre Wasserkonzerne zu schielen".

<http://www.attac.at/1158.html>

STOPP GATS: EU-Kommission verstärkt Druck zur Wasserliberalisierung

Erneut negative Wasser-Liberalisierungserfahrungen in Bolivien

Trotz der Kritik von mehreren europäischen Ländern beharrt die EU-Kommission darauf, im Rahmen der wieder anlaufenden GATS Verhandlungen von zahlreichen Ländern die Öffnung ihrer Wassersektoren zu verlangen. Mehrere EU-Länder unter Führung Belgiens haben in Brüssel ihre Bedenken gegen diese erneute Forderung deponiert. Allerdings ohne Erfolg. **Die EU-Kommission will die sog. revidierten Forderungen dieser Tage zur WTO nach Genf schicken. Damit sollen die GATS Verhandlungen, die seit dem Scheitern der Ministerkonferenz von Cancun im September 2003 de-facto ausgesetzt waren, wieder zum Laufen gebracht werden.** Seit damals lässt die EU-Kommission keine Gelegenheit ungenutzt, im Interesse europäischer Multis Druck auf die WTO Staaten zur Intensivierung der GATS Verhandlungen auszuüben. Zuletzt geschehen im Rahmen der **Einigung zur Fortführung der Doha-Verhandlungen letzten Juli in Genf.**

Dort setzte die EU mit Mai 2005 eine neue Deadline zur Abgabe revidierter, d.h. erweiterter Liberalisierungsangebote durch. Die Beteuerungen der EU-Kommission, dass es ihr mit diesen Forderungen nicht um eine Privatisierung öffentlicher Wasserversorgungssysteme gehe, sind unglaubwürdig. "Angesichts der Verschlechterungen für die betroffene Bevölkerung, welche die Privatisierung der Wasserversorgung in vielen Entwicklungsländern zur Folge hatte, ist es unverantwortlich, dass die EU-Kommission weiterhin ausschließlich die Interessen der dies zum Teil verantwortenden europäischen Wasser-Multis vertritt" so Karin Küblböck von Attac Österreich, eine der Trägerorganisationen der STOPP GATS Kampagne.

Erst vor einigen Tagen hat sich in der drittgrößten bolivianischen Stadt El Alto erneut gezeigt, dass private Wasserversorger die Bevölkerungsbedürfnisse nicht erfüllen. **Dem französischen Wasser-Multi Suez-Lyonnaise des Eaux wurde aufgrund massiver Bevölkerungsproteste von der bolivianischen Regierung die Konzession zur Wasserver-**

sorgung entzogen. Sieben Jahre nach Konzessionserteilung sind die Wassergebühren gestiegen, tausende Haushalte können sich die exorbitante Anschlussgebühr von \$ 455, mehr als die Hälfte des durchschnittlichen Jahreseinkommens - nicht leisten und bleiben daher ohne Wasserversorgung. Weitere rund 40.000 Haushalte haben laut lokaler Quellen keinen Wasseranschluss aufgrund mangelnder Investitionsbereitschaft von Suez.

Nach dem in die Schlagzeilen gekommenen Wasserkrieg von Cochabamba im Jahr 2000 ist dies schon **das zweite Beispiel für eine fehlgeschlagene Wasserprivatisierung in Bolivien.** Diesmal ist allerdings nicht ein US-Konzern mit besten Verbindungen zur Bush-Regierung involviert, sondern die französische Suez-Lyonnaise des Eaux, deren Geschäfte in Entwicklungsländern sie nicht zum ersten Mal in Schwierigkeiten bringen.

Ähnliche Probleme gab es schon in Manila, Jakarta und Buenos Aires. **Zu befürchten ist,** dass Suez ebenso wie der US-Konzern Bechtel vor vier Jahren gegen Bolivien eine **Millionenklage** auf Schadenersatz bei dem bei der Weltbank angesiedelten internationalen Schiedsgericht ICSID einbringen wird. Da die Weltbanktochter International Finance Corporation am betroffenen Suez-Tochterunternehmen Aguas de Illimani eine Minderheitsbeteiligung hält, kann man sich leicht ausmalen, zu wessen Gunsten ein solches Verfahren ausgehen würde.

Die STOPP GATS Kampagne fordert die EU-Kommission auf, die Forderungen zur Öffnung des Wassersektors in den laufenden GATS Verhandlungen vollständig zu streichen. Eine Verschärfung des Liberalisierungsdrucks angesichts solcher Privatisierungsdisaster ist unverantwortlich.

Die [STOPP GATS Kampagne](#) (<http://www.stoppgats.at/>) wird getragen von Armutskonferenz, Attac, ÖGB und ÖH und von 60 weiteren Organisationen unterstützt.

<http://www.attac.at/1145.html>

Interview mit Maude Barlow

Grundrecht auf Wasser? "Multis nutzen jedes Vakuum"

Lateinamerika könnte die welthöchste Trinkwasserzuteilung pro Kopf haben. Tatsächlich hat es die geringste. Abhilfe soll die Privatisierung bringen. Eine Katastrophe, meint Maude Barlow Interview GERHARD DILGER taz vom 31.1.2005"

taz: Frau Barlow, wie steht es um unser Wasser?

Maude Barlow: In den nächsten zehn Jahren wird die Nachfrage das Angebot um 56 Prozent übertreffen. In den so genannten heißen Flecken geht das Wasser aus: im Nahen Osten, in 22 Ländern Afrikas, in Teilen des US-amerikanischen Mittelwestens, in Mexiko-Stadt. Für ihr Wirtschaftswunder haben die Chinesen Wasser aus dem Norden umgeleitet, 400 von 600 Städten in Nordchina leiden unter akuter Wasserknappheit.

Die Weltbank sagt, das könne 2025 für zwei Drittel der Welt gelten. Ein Drittel der Weltbevölkerung wird gar keinen Zugang zu Wasser haben. 75 Prozent aller Flüsse und Seen in Russland sind vergiftet, in China 80 Prozent. Beim Zugang zu Trinkwasser herrscht dramatische Ungleichheit. Alle acht Sekunden stirbt deshalb ein Kind.

Und ausgerechnet durch Wasserprivatisierung will man Abhilfe schaffen?

Die Entwicklungsländer sollen ihre Grenzen für die Wassermultis öffnen. Die Weltbank, regionale Entwicklungsbanken, Entwicklungshilfeagenturen und leider auch Teile der UNO machen mit ihnen gemeinsame Sache. Ihre Welt-Wasser-Foren wirken wie UN-Konferenzen, sind aber Handelsmessen.

Ist die Front geschlossen?

Ziemlich. Aber es gibt einen Widerspruch: In den meisten Industrieländern sind die Wassersysteme noch öffentlich. Es ist empörend, dass die EU bei den Gats-Verhandlungen in der Welthandelsorganisation verlangt, dass über 70 Länder ihren Wassersektor öffnen sollen - und das für ihre Mitgliedsländer ablehnt. Begründung: Die hätten gute öffentliche Systeme. Die Dritte Welt schaffe das nicht, das müssten die Privaten regeln.

Korruption ist ein Riesenproblem - nicht nur in den Ländern des Südens.

Ja, das ist das beste Argument der Multis. Dazu kommt die hohe Auslandsverschuldung. Ich finde jedoch, die Alternative zu einer schlechten Regierung ist langfristig eine gute Regierung.

Warum sind die Wasserfirmen gerade so scharf auf Lateinamerika?

Lateinamerika ist das Testgelände. Aufgrund des Wasserreichtums müssten wir hier die weltgrößte Pro-Kopf-Zuteilung von Trinkwasser haben. Aber wir haben die geringste. Die Multis wollen den Zugriff auf das noch unverseuchte Süßwasser an der Oberfläche und in den Reservoiren. Sie haben die Rückendeckung der Weltbank, die die Entwicklung der Wasserressourcen nur finanzieren will, wenn die Länder Private hereinlassen. Ich nenne sie Wasserjäger: Suez, Vivendi, RWE, Nestlé, Coca-Cola.

Und die US-Militärs reden von "leeren Räumen" etwa in Amazonien oder Patagonien.

Wo die Mächtigen ein Vakuum sehen, gehen sie rein. In Indien bekommt Coca-Cola von den US-Militärs Satellitenbilder über die Trinkwasserreserven. Dann schauen sie, wo indigene Völker sind - und errichten ihre Abfüllfabrik, wo sie am wenigsten Widerstand erwarten. Ähnlich ist es in Lateinamerika. Ganze Landstriche werden aufgekauft, nicht wegen des Landes, sondern wegen des Grundwassers.

Wie verhalten sich die lateinamerikanischen Regierungen?

Viele haben es mit einer ziemlich aufgebrachten Bevölkerung zu tun. Die Wasserprivatisierung in Buenos Aires etwa war ein komplettes Desaster. Wir achten genau darauf, was Präsident Lula macht. Vor der Wahl wollte er die Privatisierungen rückgängig machen. Aber sobald du Staatschef wirst, wirst du Mitglied eines Clubs mit immensem Anpassungsdruck. Die Regierenden des Südens stammen aus den Eliten, anders als Lula, der ist hin- und hergerissen. Das ist ein wichtiger Testfall, weil Brasilien das größte Land Lateinamerikas ist. Wir hoffen, Lula wird nicht weich! Ich beneide keine Regierung der Dritten Welt, die das Richtige für ihr Volk tun will. An wen soll sie sich denn wegen Krediten wenden, ohne Bedingungen zu akzeptieren, die die Ungleichheit vergrößern?

Liegt die Lösung in den Public-Private-Partnerships?

Nein, das sind nur Privatisierungen mit einem hübscheren Namen. Mit dem alten Modell sind die Neoliberalen auf die Nase gefallen. Jetzt soll die Kontrolle angeblich bei den Betroffenen und beim öffentlichen Sektor liegen, aber das Wasser sollen immer noch die Privaten liefern. Die brauchen Dividenden für ihre Aktionäre, also kürzen sie Arbeitsplätze oder bauen Sicherheitsstandards ab. Oder sie erhöhen die Preise, sodass sich die Leute das Wasser nicht mehr leisten können - oder alles drei zusammen. Wenn es schief geht, gehen die Privatfirmen weg, die Bevölkerung zahlt die Zeche. Regierungen kann man wenigstens in die Pflicht nehmen.

Wie lautet Ihre Alternative?

Umweltschutz und Wassergerechtigkeit gehören zusammen. Kein Multi kann es sich leisten, nach diesen zwei Prinzipien zu funktionieren. Damit lässt sich kein Geld verdienen. Wir möchten, dass Wasser zu einem Menschenrecht erklärt wird.

Warum?

Ein Menschenrecht darf man nicht verkaufen. Eine derartige UNO-Wasserkonvention wäre ein nützliches Werkzeug. Unser Vorbild sind die Uruguayer, die das Wasser als öffentliches Gut und Menschenrecht per Volksabstimmung in ihre Verfassung aufgenommen haben.

Wie stehen die Chancen für eine solche UNO-Konvention?

Wir sind dabei, den Kampf um die Öffentlichkeit zu gewinnen. Das spüren unsere Gegner und reagieren entsprechend. Im letzten Jahr hat die Weltbank ihre Kredite für Privatisierungen vervielfacht. Ich bin gespannt, was sie als Nächstes probieren.

Brüsseler Aufruf zum 19. März 2005

Gemeinsam für ein anderes Europa

Für ein Soziales Europa - Für ein Europa der Solidarität

- Für ein Europa des Friedens

1997 haben die Renaultarbeiter die erste europäische Demonstration für mehr Beschäftigung durchgeführt.

Im Dezember 2001 haben wir für ein anderes Europa in einer anderen Welt demonstriert.

Am 15. Februar 2003 mobilisierte das Europäische Sozialforum gegen den Krieg im Irak: Es gab eine Massendemonstration in Brüssel.

Heute rufen wir zu einer Demonstration in Brüssel am Samstag, dem 19. März.

In ganz Europa sind die sozialen Rechte massiven Angriffen ausgesetzt. Der öffentliche Dienst wird privatisiert und dereguliert. Die Bürger Europas haben etwas Besseres verdient!

Wir müssen in Europa handeln, um eine egoistische EU zu verhindern. Die EU geht Hand in Hand mit der neoliberalen Globalisierung, die Kriege, ökologische Katastrophen und sozialen Rückschritt in weltweitem Maßstab produziert. Damit entwickeln sich Ungleichheit, Ausgrenzung und Rassismus.

- Die Jugend will für Arbeit, Gleichheit und freie Bildung demonstrieren. Sie fordert qualifizierte Arbeitsplätze, kostenlose Ausbildung unter verbesserten Bedingungen. Rassismus und faschistische Ideologien prangert sie an.

- Nach dem Europäischen Sozialforum in London haben die sozialen Bewegungen zu einer zentralen Demonstration am 19. März in Brüssel aufgerufen. Sie marschieren gegen ein neoliberales Europa, gegen Krieg und Rassismus, gegen Privatisierung, das Bolkesteinprojekt und die Angriffe auf die Arbeitszeitregelungen – für ein

gerechtes Europa und Solidarität zwischen den Völkern.

- Die europäischen Gewerkschaften setzen ihren Kampf für ein soziales Europa fort. Sie demonstrieren für mehr und bessere Arbeitsplätze. Sie sagen ja zu qualifizierten Arbeitsplätzen und Dienstleistungen. Sie sagen nein zu der Bolkesteinrichtlinie. Sie sagen ja zu den grundlegenden sozialen Rechten, um ein soziales Europa zu schaffen. Sie weisen den Vorschlag der EU-Kommission zurück, die Arbeitszeitrichtlinien zu ändern: Das würde bedeuten, dass es in Europa keine anständigen Arbeitsplätze mehr gibt.

Für alle Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, die Zivilgesellschaften und NGOs hat der Kampf gegen die Bolkesteinrichtlinie besonderen Vorrang. Sie macht die ganze Gesellschaft zur Ware.

- Nach zwei Jahren illegaler Besetzung des Irak ebenso wie angesichts der Unterdrückung des Palästinensischen Volkes steht der Kampf gegen den Krieg weiter auf der Tagesordnung. Und der Kampf für den Frieden ist eng verbunden mit dem Kampf für ein andere Europa. Wir wollen nicht, dass Europa eine starke Militärmacht wird. Multilaterale Verhandlungen über einen weltweiten Vertrag zur Ächtung der Nuklearwaffen müssen begonnen werden. Der Kampf gegen die Massenvernichtungswaffen, insbesondere gegen die Atomwaffen, muss verstärkt werden.

Während des Brüsseler EU-Gipfels im März wollen die Staats und Regierungschefs eine Bilanz des Lissabon-Prozesses ziehen. Ihr Ziel ist es, die EU-Wirtschaft zu wettbewerbsfähigsten in

der Welt zu machen, während das soziale Europa verschwindet. Wir wenden uns gegen diese unendliche Logik der Konkurrenz zurück: Kontinent gegen Kontinent, Staat gegen Staat, Mensch gegen Mensch. Wir wollen eine Welt, in der Solidarität und Zusammenarbeit eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

Europa kann nicht gegen seine Bewohner vereinigt werden. Europa wird sozial, kooperativ und demokratisch sein –oder es wird nicht sein!

Deshalb bauen wir weiter an der sozialen Bewegung, die Europa so dringend braucht. So tragen wir zu einer Welt bei, die auf Frieden und Gerechtigkeit beruht. Wir kämpfen dabei Seite an Seite mit den Menschen aus dem Süden.

Gemeinsam führen wir Kampagnen für die bedingungslose Streichung der Dritt-Welt-Schulden. Zusammen stellen wir uns einer Welt entgegen, die vom „freien Markt“ (GATS) und der globalen Privatisierungsflut beherrscht wird.

Deshalb rufen wir, die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs, die seit 2002 im Belgischen Sozialforum zusammen arbeiten, die europäischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften dazu auf, mit uns am 19. März in Brüssel zu demonstrieren: **Für unsere Rechte und für ein anderes Europa in einer anderen Welt!**

Contact : Belgium Social Forum
info@wsf.be – tel +32 2 250 12 68 – fax
+32 2 250 12 63 9 quai du commerce
1000 Bruxelles Belgium

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coordinat@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. -Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich); Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen: – Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 € 2 Hefte: 5 € 3 Hefte: 7 € ab 4 Hefte: 2 € pro Heft, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft
Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67 GLS Gemeinschaftsbank eG